Nr. 107. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die fünfgespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 19. April 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Beschießung von Ostende.

Die neuen Gewinne nördlich Ypern: Poelkapelle, Langemark, Zonnebeke. — Feindlicher Gegenstoß südlich vom Blankaart-See.

Berlin, 18. April 1918, abends. Amtlich.

In Flandern und auf dem Schlachtfelde an der Lys ist die Lage unverändert.

Nordwestlich von Morenil brachen starke französische Angriffe blutig zusammen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. April 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm in monatelangem Ringen mit ungeheuren Opfern erkauften flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sixt von Arnim nahm, dem schrittweise weichenden Feinde scharf nachdrängend, Poelkapelle, Langemark und Zonnebeke und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich vom Blankaart-See hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vorwärtsdringen.

Nördlich von der Lys gewannen wir unter starkem Feuerschutz Boden und säuberten einige Maschinengewehrnester. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig aufflebende Feuerkampf bei Morenil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Ornes und Watronville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Flirey (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 18. April. Amtlich. In der Nacht vom 17. auf 18. April wurde Ostende von See aus beschossen. Militärischer Schaden ist nicht entstanden.

Unsere Torpedobootsstreitkräfte nahmen am Morgen des 18. April feindliche Lager und Stapelplätze zwischen Dünkirchen und Nieuport mit sechshundert Schuß unter Feuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. April 1918. Amtlich wird verlautbart:

Zwischen dem Garda-See und der Piave lebhafter Artilleriekampf und rege Fliegertätigkeit. In Albanien errang der Offizierstellvertreter Arrighi seinen 24. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes.

Das Kampffeld um Ypern.

Berlin, 18. April. (W. T. B.) Am Morgen des 17. April wurde ein starker feindlicher Angriff gegen Wytschaete im deutschen Abwehrfeuer erstickt. Auch spätere, nach starker Artillerievorbereitung unternommene tiefgegliederte feindliche Angriffe hier und nordöstlich Wulverghem brachen unter sehr starken Feindverlusten blutig zusammen. Zwischen Bailleul und Merville, vor allem südlich Merville, erreichte das feindliche Feuer tagsüber größte Heftigkeit. Ein deutscher Vorstoß in die feindlichen Linien westlich Meteren brachte 80 Gefangene ein. In der Nacht vom 17. zum 18. richtete der Feind auf der ganzen Front starke Feuerüberfälle gegen die deutschen Gräben. Die Bahn nordwestlich von Amiens, das Gleisdreieck Longeau sowie die Bahnstrecke Amiens—Ailly wurden von der deutschen Artillerie ausgiebig beschossen.

*

Amsterdam, 18. April. Eine Havasmeldung aus Paris besagt: Die Deutschen kämpfen in Flandern mit unglaublicher Hartnäckigkeit. Furchtbare Kämpfe entwickelten sich gestern im nördlichen Teile der Angriffsfront, vor allem zwischen Bailleul und Nieuwekerke. Reuters Korrespondent bei der englischen Armee berichtet: Die Schlacht wütet mit wachsender Heftigkeit fort.

Amsterdam, 18. April. Aus London wird gemeldet: Ein Stabsoffizier, der soeben aus Frankreich zurückgekehrt ist, teilte einem Vertreter Reuters über die militärische Lage folgendes mit: Am Sonntag vor dem Fall von Bailleul wurde

der Rückzug auf die Ypernfront

beschlossen. Es war also keine übereilte Bewegung; die Entscheidung fiel Sonntag früh, und Montag abend war die Bewegung vollendet. Sie wurde allmählich ausgeführt. Von unserer Armee wird außerordentlich viel verlangt. Es gab sehr gefährliche Augenblicke, und die Lage gibt sicherlich noch Grund zu ernstlicher Besorgnis, aber wir müssen uns vor Augen halten, daß wir alles auf eine Front gesetzt und die Streitkräfte unter einen Generalissimus gestellt haben. Wir müssen die Folgen auf uns nehmen und die ungeheure Schlacht nicht nur vom Gesichtspunkte unserer Verluste, sondern vom Gesichtspunkte der Entente in ihrer Gesamtheit ansehen. „Die britische Armee liefert eine Schlacht bei Waterloo, und es wird drauflos gehämmert, während Blücher nach der Schlachtfront eilt, aber wenn wir das Hämmern aushalten, ohne daß die Linie bricht, ist kein Grund zum Verzweifeln." Man braucht nicht zu verzweifeln, wenn man die Lage von einem breiteren Gesichtspunkte aus betrachtet.

*

Englischer Heeresbericht vom 17. April morgens. Gestern abend unternahmen wir einen erfolgreichen Gegenangriff in der Nähe von Wytschaete. Bei Meteren stellte gleichfalls unser Gegenangriff die Lage wieder her, und das Dorf bleibt in unseren Händen. Den ganzen gestrigen Nachmittag und Abend hindurch wurden wiederholte feindliche Angriffe nördlich von Bailleul mit Verlusten für den Feind abgeschlagen. Deutsche dicht geschlossen vorrückende Infanterieabteilungen wurden auf kurzen Abstand von unseren Truppen unter Feuer genommen und erlitten schwere Verluste. Wir brachten einige Gefangene ein. Der Feind bemühte sich auch, gestern nachmittag östlich von Robecq nach der bereits gemeldeten Beschießung einen Angriff durchzuführen, aber sein Vorrücken wurde durch unser Artilleriefeuer zum Stehen gebracht. Infolge der vom Feinde an der Lysfront gemachten Fortschritte wurden unsere Truppen, die unsere vorgeschobenen Stellungen östlich von Ypern besetzt hielten, auf eine neue Linie zurückgezogen. Diese Zurückziehung wurde freiwillig ohne Störung seitens des Feindes ausgeführt. Gestern nachmittag wurden Teile der feindlichen über unsere alten Stellungen vorrückenden Truppen von unseren Vorposten unter Feuer genommen und zerstreut. An der Schlachtfront südlich von Arras wurden Abteilungen deutscher Infanterie, die in unsere Gräben gegenüber von Boyelles eingedrungen waren, gestern nachmittag mit Verlust einiger Gefangener wieder daraus vertrieben. Unsere Linie bei dieser Ortschaft wurde vollständig wiederhergestellt. Die feindliche Artillerietätigkeit nahm heute am frühen Morgen an der britischen Front südlich der Somme beträchtlich zu.

Englischer Heeresbericht vom 17. April abends. Der heute morgen vom Feinde eröffneten heftigen Beschießung, die an der gesamten Lysfront und vom Nieppewalde bis Wytschaete durchgeführt wurde, folgten Infanterieangriffe. Alle diese Angriffe wurden mit beträchtlichen dem Feinde zugefügten Verlusten abgewiesen. Bei den im heutigen Morgenbericht gemeldeten Gegenangriffen gelang es unseren Truppen, in die Orte Meteren und Wytschaete einzudringen; angesichts der ununterbrochenen feindlichen Angriffe waren sie jedoch nicht imstande, ihre dortigen Stellungen zu halten. Französische Truppen arbeiten an dieser Front mit den britischen Streitkräften zusammen. Von der übrigen britischen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Heeresbericht vom 17. April. Heute früh griffen die Deutschen mit Wucht unser Vorpostensystem zwischen dem Blankaertsee und der Eisenbahn von Ypern nach Thourout an. Es gelang ihnen, in einigen unserer Posten Fuß zu fassen. Unsere Truppen verjagten sie aber daraus durch energische Gegenangriffe vollkommen. Ungefähr 600 Gefangene blieben in unseren Händen.

Englischer Heeresbericht vom 18. April morgens. An der britischen Front hat sich während der Nacht nichts geändert. Die feindliche Artillerie zeigte rege Tätigkeit im südlichen Teil der Lysfront von Givenchy bis östlich von Robecq. Die

schwere Beschießung unserer Linien

zwischen Locon und Robecq dauerte noch bis Tagesgrauen an. Oertliche Angriffe wurden von unseren Truppen gestern abend im Abschnitt von Merris abgewiesen. Genauere Meldungen über die gestrigen Kämpfe am Walde von Nieppe und der Wytschaetefront bestätigen die Schwere der feindlichen Verluste. Südöstlich vom Kemmelberg griff die deutsche Infanterie in drei Wellen an und drängte unsere Linie an einem Punkt leicht zurück. An dieser Stelle wurde die Lage durch einen Gegenangriff wieder hergestellt und kurz nach Mittag war der Angriff an allen Punkten abgeschlagen. Im Abschnitt von Bailleul griff der Feind vormittags dreimal an und jedesmal erlitt er eine vollständige Abweisung. Unsere Linie war gestern früh, wie gemeldet wurde, an der ganzen Front unversehrt.

§ 153 und Arbeitskammern.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats sind die Entwürfe eines Arbeitskammergesetzes und eines Gesetzes betreffend Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung angenommen worden.

Endlich hat jetzt der Bundesrat das Todesurteil über den vielberufenen § 153 der Gewerbeordnung gesprochen, — jenes Gesetz, von dem Bebel einmal gesagt hat, es sei ein böseres Ausnahmerecht als selbst das Sozialistengesetz. Dieses wahrte wenigstens äußerlich die Scham, insofern es sich formell nur gegen denjenigen richtete, der die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen trachtete, während der § 153 den Arbeiter ins Gefängnis wirft, der seine und seiner Klassengenossen Lebenshaltung innerhalb und auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung zu verbessern versucht.

Der Ausnahmecharakter dieser gesetzlichen Bestimmung hat sich inzwischen immer mehr verschärft und unerträglicher gestaltet. Durch die Ausdehnung, die das Reichsgericht entgegen dem gesetzlichen Wortlaut dem Begriff der „Verabredungen" auf die Organisation als solche gegeben hat, und infolge der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die längst den individuellen Arbeitsvertrag in einen kollektiven verwandelt haben, ist es dahin gekommen, daß der Organisationsgedanke selbst durch den § 153 in seiner Entwicklung und Entfaltung gehemmt wurde. Das Ehrgefühl der Arbeiterklasse wurde auf das tiefste durch den Gedanken beleidigt, daß derjenige Teil des Vereinsrechts, der wesentlich für sie von Bedeutung ist, einer besonderen Zucht unterworfen wurde, die der moderne Staat allen anderen menschlichen Vereinigungen gegenüber entbehren zu können vermeint.

Selbstzucht und Disziplin sind die Waffen, mit denen die Arbeiterschaft den Kampf ums Dasein gegen das sich immer fester zusammenschließende Unternehmertum zu führen hat. Gerade der Grundsatz aber, der im Kriege den höchsten Triumph Deutschlands bedeutet hat, daß jedes eigene Interesse dem Vorteil der Gesamtheit gegenüber zurückzutreten habe, wurde, wenn von der Gewerkschaft angewendet, durch § 153 bestraft. Am schwersten hatte darunter der Tarifvertrag zu leiden, dessen stetige ruhige Fortbildung für die nationale Produktion Lebensbedingung ist. Dem Tarifvertrag aber ist das Lebenslicht ausgeblasen, wenn der Tarifbrüchige vor der Anwendung der sozialen Zwangsmittel gefeit ist. Daß dieser häßliche Fleck aus der deutschen Gesetzgebung getilgt, daß Betätigung von Ehrgefühl, Kameradschaft und Solidarität bei Arbeitern künftighin nicht anders bewertet wird als bei allen anderen Volksklassen, ist ein wirkliches Stück Neuorientierung. Wir überschätzen die praktische Bedeutung des § 153 nicht, sie ist nicht allzu groß. Aber mit dieser überlegen klingenden und innerlich doch so armseligen Feststellung ist gar nichts bewiesen. Hier spielen sittliche, psychologische, ideale Momente die Hauptrolle. Daher kann es für die sozialdemokratische Partei jetzt nur einen Weg geben, die Regierungsvorlage möglichst ohne jedes Amendement und ohne jede Kommissionsberatung schlechtweg anzunehmen. Unsere weiteren Wünsche, insbesondere die Reform des Erpressungsverfahrens, sparen wir uns für eine andere Gelegenheit auf.

Ueber den Gesetzentwurf zur Einführung von Arbeitskammern wird ausführlicher erst zu reden sein, wenn er vorliegt. Denn während mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung ein altes Unrecht einfach beseitigt wird, schafft der Entwurf über die Arbeitskammern neues Recht. Die Forderung selbst ist schon im Arbeiterschutzgesetzentwurf Bebel-Fritzsche von 1877 erhoben, im Jahre 1885 in einem Antrag Auer formuliert worden und bildete seitdem ein wichtiges Stück der von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erhobenen sozialpolitischen Wünsche. In jeder Session des Reichstags erschien die Forderung aufs neue, am eindrucksvollsten in einem vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf im Jahre 1900. Regelmäßig gipfelte das Programm der Arbeitskammern in dem Wunsch nach der Einführung eines Reichsarbeitsamts, das die zentrale Instanz für alle Angelegenheiten der Sozialpolitik bilden sollte.

Schließlich kam 1907 ein Gesetzentwurf der Regierung, der wegen des Schlusses des Reichstags 1909 wiederholt wurde. Die Vorlage führte, nach langer Leidensgeschichte, zu keinem positiven Ergebnis. Auf der einen Seite machten sich gegen sie, namentlich aus der Richtung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die heftigsten Widerstände geltend, auf der anderen Seite war sie in ihrer damaligen Fassung nicht geeignet, die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Sie sah nach Berufen begrenzte Kammern vor, aber nicht allgemein, sondern nur dort, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, sie schloß Eisenbahnwerkstättenarbeiter, Handlungsgehilfen, Werkmeister und Techniker aus. (Für die Handlungsgehilfen

wären besondere Kammern versprochen.) Ein lebhafter Streit entbrannte dann um die Zulassung der Arbeitersekretäre, die von der Kommission beschlossen, von der Regierung aber im Bunde mit Nationalliberalen und Konservativen bekämpft wurde.

Von dem nuen Entwurf darf erwartet werden, daß er den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften, die in nachdrücklicher Weise geltend gemacht wurden, in höherem Maße Rechnung trägt als der alte. Die Widerstände gegen ihn werden desto leichter zu überwinden sein, je mehr die Arbeiterschaft den Eindruck gewinnt, daß ihr hier wirklich etwas Wertvolles geboten wird, für das einzutreten sich lohnt. Manche Vorurteile der Vorkriegszeit sind ja mittlerweile auch überwunden worden.

Kann die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung bei einigem guten Willen im Handumdrehen erledigt werden, so bedarf der Arbeitskammergesetzentwurf sorgfältiger Prüfung und Beratung. Zu ihr muß der Reichstag noch vor den Sommerferien Zeit finden. Er darf sich nicht nachsagen lassen, er habe seine Zeit mit der Erledigung des Etats und der neuen Steuervorlagen verbracht, ohne zum sozialen Wiederaufbau der Zukunft etwas beigetragen zu haben.

Die neue Zeit darf kein Versinken in die alten Formen kapitalistischer Lohnsklaverei mehr kennen. Sie fordert zum mindesten eine schrittweise Verselbständigung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Dazu kann die Befreiung der Gewerkschaften von der entehrenden Fessel des § 153 der Gewerbeordnung und das Arbeitskammergesetz beitragen. Die Arbeiterklasse erwartet von der Zeit nach dem Kriege kein Schlaraffenleben, aber einen sichtbar geöffneten Weg zu einer besseren Zukunft und sieht in denen, die ihr diesen Weg verbauen wollen, mit Recht ihre Feinde. Wenn aber der Reichstag gut beraten ist, wird er rasche und gute Arbeit leisten!

Die Einnahme von Bailleul.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 17. April.

Die taktische Bedeutung der Einnahme der 40 Meter hochgelegenen Stadt Bailleul besteht in der Gewinnung einer neuen festen Basis zur weiteren Aufmeißelung des flandrischen Hügelblocks. Tagelang hat der Engländer in Erkenntnis dieser Bedrohung die Stadt unter großen Verlusten gehalten. Gestern ist sie durch den Druck von drei Seiten gefallen, nachdem die Eroberung der östlichen Höhen die Lage des Gegners immer schwieriger gemacht hat. Bailleul war ein wichtiges Etappenzentrum hinter der englischen Front, Knotenpunkt von sieben Landstraßen erster Ordnung und war umgeben von Baracken, Zeltlagern, Munitionsdepots und Feldbahnen.

Gleichzeitig erfolgte die Erstürmung wichtiger Höhen südlich Wytschaete. Sie dient demselben taktischen Zweck. Der flandrische Höhenrücken wird von der Armee v. Arnim im Osten und von der Armee v. Quast im Süden berannt.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Westfront, 17. April.

Wie bedrohlich die gegnerische Heeresleitung die Lage in dem tiefeinschneidenden Estair"bogen ansieht, zeigt die Tatsache, daß die Franzosen gezwungen sind, ihre eigenen wichtigen Reserven durch das Loch zwischen Amiens und dem Meere in die erschütterte englische Kontinentalstellung hineinzuwerfen. Dabei bestätigt der Ort ihres Einsatzes die Wichtigkeit der letzten deutschen Erfolge bei Bailleul. Gegen erbitterten Widerstand der Engländer und französischen Alpenjäger wurde gestern die deutsche Linie bei Meteren weiter auf die nördlich ansteigenden Höhen hinauf gedrückt. Dadurch ist der Besitz Bailleuls von Westen her gesichert.

Das glänzende taktische Ineinanderarbeiten des rechten Flügels der Armee v. Quast mit dem linken Flügel der Armee v. Arnim zeitigt immer neue, sich gegenseitig bedingende Erfolge. Der Hügelkranz um Wytschaete ist gestern völlig genommen worden. Zwischen Wulvergem und dem schwerumkämpften Nieuwe Kerke sind die Engländer zu beiden Seiten ihrer alten Sehnenstellung bis jenseits des Douvebaches geworfen worden. Beide Erfolge schieben die deutsche Angriffsfront von Süden wie von Osten näher an den wichtigsten englischen Stützpunkt, den Berg Kemmel, heran.

Die schweren Kämpfe der letzten Tage um scheinbar lokale Ziele haben dem Gegner Anlaß zu Jubel über den deutschen Stillstand gegeben. Heute zeigt das Vorrücken der deutschen Divisionen am Ostrande des Ypernbogens, daß der Jubel verfrüht war. Aus dem Einbruch in die englisch-portugiesische Stellung in den ersten Apriltagen ist innerhalb einer Woche eine offene Feldschlacht größten Stils geworden, die die Engländer wie die Franzosen in ihren bedrohlichen Strudel zieht.

Dr. Ad. Köster, Kriegsberichterstatter.

Burian über Bündnis, Krieg und Frieden.

Der neue österreichische Minister des Aeußeren hat an den Reichskanzler Grafen Hertling eine Depesche gerichtet, in der es heißt: „Die Befestigung und der Ausbau des altbewährten Bündnisses mit dem Deutschen Reiche bildeten seit jeher die Grundlage meines politischen Denkens und Fühlens. Auf dieser unverrückbaren Grundlage auch fernerhin weiterzubauen, erachte ich als meine vornehmste Pflicht. Baron Burian streift auch die Friedensfrage. Er hofft, es möge ihm „im treuen Einvernehmen" mit Graf Hertling vergönnt sein, „die verbündeten Mächte in nicht allzu ferner Zeit dem ersehnten Ziele — einem gerechten und ehrenvollen Frieden — zuführen zu können."

Bei Begrüßung der Beamtenschaft seines Ministeriums äußerte Baron Burian, seine Politik werde die gleichen Ziele verfolgen, wie Graf Czernin. Mit Betonung fügte er hinzu: „Im Festhalten an unseren bewährten Bündnissen werden wir in vollem Vertrauen auf unsere ruhmreiche Armee und auf die erprobte Opferwilligkeit der Bevölkerung den Krieg mit Aufwand unserer ganzen Kraft solange durchkämpfen, als uns die Haltung unserer Feinde dazu zwingt. Hierbei werden wir aber den Weg nicht aus dem Auge verlieren, auf dem Graf Czernin grundlegende und richtige Etappen zurücklegte, indem er unentwegt am Friedenswerk fortarbeitete." Baron Burian erinnerte daran, daß dieses Werk noch zur Zeit seiner Amtsführung eingeleitet worden sei. Er schloß: „In zielbewußtem Streben und engem Zusammenschluß mit unseren Bundesgenossen wollen wir diesen Krieg bis zum glücklichen Ende verfolgen."

Die Kaiserbriefaffäre in Frankreich.

Wo blieben die Folgen?

Nach einer Behauptung, die die französische Regierung aufgestellt hat und gegen alle Wiener Widersprüche aufrecht erhält, hat Kaiser Karl am 31. März 1917 die Franzosen beschworen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und hat ihnen versprochen, auf der Friedenskonferenz für ihre Ansprüche auf Elsaß-Lothringen einzutreten. Nun wird in Frankreich die Frage lauter und lauter, warum denn die Regierung das Friedensangebot nicht angenommen habe. So äußert sich nach einer Berner Meldung vom 17. April die „Verité" scharf gegen die von den Kabinetten Ribot und Clemenceau betriebene Geheimdiplomatie. Es gebe überhaupt keine ministerielle Verantwortung mehr, wenn die Minister sich die Macht anmaßten, der Kammer und dem Lande ein Friedensangebot zu verheimlichen, denn der Kaiserbrief sei für Frankreich ein durchaus annehmbares Friedensangebot. Wenn man die Alliierten von der Angelegenheit habe benachrichtigen müssen, hätte man das Parlament noch viel weniger im Unklaren lassen dürfen. Zur Stunde wisse das Land aber immer noch nicht, welche Antwort der Ministerrat namens des Landes gegeben habe. Gerade darin liege der Ernst des Zwischenfalles, der beweise, daß die Nation nicht mehr Herrin ihres Schicksals sei.

„Petit Parisien" vom 14. April berichtet, der Brief Kaiser Karls sei sofort, nachdem ihn Poincaré erhalten, den übrigen Alliierten zur Kenntnis gegeben worden. In einer kurz darauf folgenden interalliierten Konferenz sei in gemeinsamer Uebereinstimmung beschlossen worden, dem Brief keine Folge zu geben.

Paris, 17. April. (Agence Havas.) Clemenceau sprach in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Auswärtiges, Armee und Marine über die Umstände, unter denen die Versuche Oesterreichs, eine Spaltung zwischen den Alliierten durch Friedensunterhandlungen herbeizuführen, sich abspielten. Clemenceau überreichte das gesamte Aktenmaterial über die Angelegenheit dem Ausschuß für Auswärtiges, der es durcharbeiten und dann darüber Bericht erstatten wird.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Stockholm, 17. April. Nach einem Telegramm aus Abo haben die Roten Gardisten auch Salo, Nystad, Riihimäki und Lahtis verloren. Die deutschen Truppen haben sich mit Mannerheims Heer vereinigt, so daß jetzt das ganze südwestliche Finnland von den Aufrührern befreit ist. Die Rote Armee ist bei Toijala vollständig umgingelt.

Stockholm, 18. April. Wie „Svanska Dagbladet" aus Vasa erfährt, hat mit der deutschen Landung im westlichen Teil der Finnischen Bucht

der letzte Akt in der Tragödie der finnischen Roten Garde

begonnen, da derselben nunmehr der Rückzug nach Osten abgeschnitten ist. Die Bahn nach Viborg wurde zwischen Saeinice und Karmaerae völlig zerstört. Zugleich machen die Weißen Gardisten im Norden von Russisch-Karelen Fortschritte. So erfochten sie bei Paenaejaerdi einen vollständigen Sieg.

Die Brücke für die Dienstpflicht in Irland.

Eine Klausel Kings.

Amsterdam, 18. April. Wie ein hiesiges Blatt aus London vom 17. erfährt, sind die Mitglieder der Nationalistenpartei bei der heutigen Sitzung des Unterhauses nicht zugegen gewesen, weil die meisten sich nach Irland begeben haben. Die Leiter der Nationalisten werden morgen mit den Leitern der Sinnfeiner über das Dienstpflichtgesetz und das Homerulegesetz konferieren.

Rotterdam, 18. April. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London erfährt, schlug in der gestrigen Debatte des Unterhauses über die Dienstpflicht in Irland der Abgeordnete King einen neuen Zusatz zu dem Gesetz vor, nämlich das Recht, daß jeder königliche Beschluß, der kraft der Befugnis, die das neue Mannschaftsgesetz verleiht, bekanntgegeben werde, innerhalb einer bestimmten Frist durch eine Erklärung eines der beiden Häuser aufgehoben werden könne. Die Regierung hat dieser Klausel im wesentlichen zugestimmt. — „Manchester Guardian" weist in einem Leitartikel auf die Bedeutung dieser Konzession hin und schreibt: Da der Gesetzentwurf nur durch Bekanntgabe des königlichen Beschlusses auf Irland anwendbar sei, gebe die neue Klausel dem Unterhause ein Einspruchsrecht gegen die Anwendung. Das sei von großem Belang. Die Regierung habe deutlich gezeigt, daß sie Homerule durchsetzen wolle. Jetzt bestehe eine Gelegenheit, die Dienstpflicht einzuführen und die Aeußerungen Devlins, sowie auch gestern die von Dillon, machen es deutlich, daß ein freies Irland mehr als bereit sein werde, seinen Anteil an dem heutigen Kampf zu tragen.

Neue Kräfte im englischen Kriegskabinett.

London, 18. April. Reuter. Amtlich. Lord Milner ist zum Staatssekretär für den Krieg, der Earl of Derby zum Botschafter in Frankreich (an Stelle des Lord Bertie), Sir Houston Chamberlain zum Mitglied des Kriegskabinetts ernannt worden.

Kanada bereit zu jedem Kriegsopfer.

Ottawa, 17. April. Reuter. Der Premierminister machte heute in einer Geheimsitzung des Parlaments den Abgeordneten und Senatoren Mitteilung über den Ernst der Kriegslage. Die Haltung des Parlaments und der Presse bekunde die Bereitschaft, jedes Opfer an Menschen und Material zu bringen. Die Verordnung, die alle Unverheirateten zwischen dem 20. und 23. Jahre einberuft und die Registrierung der 19jährigen befiehlt, wurde einstimmig angenommen. Die Aushebung wird auch in Quebec ebenso energisch vorgenommen werden wie in den übrigen Bezirken.

Bolo vor der Hinrichtung.

Amsterdam, 18. April. Einem hiesigen Blatte zufolge melden die „Times" aus Paris über die letzten Augenblicke Bolo Paschas: Bevor Bolo das Gefängnis verließ, wurde er von Bouchardon gefragt, ob er noch etwas zu sagen habe. Er antwortete: Nein! Darauf fragte Bouchardon, ob er alles gesagt habe. Bolo antwortete: Legen Sie mir keine Worte in den Mund, die ich nicht gebraucht habe. Ich sage nur, daß ich nicht antworten will. Der Gerichtsschreiber schrieb diese Worte auf und Bolo setzte seinen Namen darunter.

Aus Genf wird der „Frankfurter Zeitung" mitgeteilt: Bolo, der inzwischen hingerichtet wurde, machte seit einer Woche dem militärischen Untersuchungsrichter ununterbrochen Enthüllungen, über deren Inhalt die Zeitungen nichts Gewisses mitteilen dürfen. Einige, dem Ministerpräsidenten nahestehende Blätter durften nur andeuten, daß Bolo besonders Caillaux zu belasten schien. Das sozialistische „Journal du Peuple" antwortete darauf mit einer Anspielung, die genügt, um den ganzen Vorgang aufzuklären. Das Blatt weist darauf hin, daß der Rechtsbeistand des Bischofs Bolo, des Bruders des Verurteilten, der Rechtsanwalt Chenu ist, der dem „Figaro" geschäftlich und persönlich nahesteht. Es ist also ziemlich klar, daß sich Bolo, um der Hinrichtung zu entgehen, im letzten Augenblick entschlossen hat, als Kronzeuge im Verfahren gegen Caillaux aufzutreten, der vom „Figaro", wie man weiß, besonders angefeindet wird.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 17. April. Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen fünf Dampfer und zwei Segler versenkt. Hiervon waren bewaffnet der griechische Dampfer Kithira von 2240 Br.-R.-To. und der französische Dampfer Oued Sebou von 1540 Br.-R.-To., auf letzterem befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze, je eine 9-Zentimeter- und 7,5-Zentimeter-Kanone, wurden erbeutet.

Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl.

Das U-Boot hat 27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Neue Taktik deutscher Flieger. Zum Fliegerangriff vom 13. April berichten Lyoner Blätter, daß die deutschen Flieger bei ihrem Angriff eine neue Taktik anwendeten. Sie überflogen die französischen Linien geräuschlos im Gleitflug. Nach den Angaben des „Petit Parisien" sind mehrere Bomben im Judenviertel, hinter dem Hotel de Ville, niedergefallen. Mehrere Straßen wurden zerstört.

Deutsche Kolonisten in Wolhynien. Nach einer Meldung der Kiewer Zeitung „Kijewskaja Mysl" hat der ukrainische Landwirtschaftsminister entschieden, daß deutsche Kolonisten, die im Jahre 1915 infolge der russischen Kriegsgesetze aus Wolhynien vertrieben wurden, ihr Inventar, Eigentum und Land auf Grund des provisorischen Landgesetzes zurückerhalten können.

Aus Ostafrika meldet ein englischer Heeresbericht, daß am 11. April Kämpfe mit der nördlich vom Luricflusse, zwischen Medoboma und Mseluboma, 93 bzw. 165 Meilen landeinwärts von Port Amelia zusammengezogenen deutschen Streitmacht begannen. Am 13. April sei Medoboma besetzt worden. Die feindliche Streitmacht wurde nach Südwesten in Richtung Meralia abgedrängt.

Reichstag.

190. Sitzung. Donnerstag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratstisch: Rüdlin.

Die zweite Beratung des Postetats

wird fortgesetzt.

Abg. Meyer-Herford (natl.) beschwert sich über mangelhafte Bedienung des Publikums seitens der Telephonbeamtinnen. Für verloren gegangene Pakete sollte ein höherer Ersatz geleistet werden. Die Teuerungszulagen für die Beamten sind nicht ausreichend. Der Redner schlägt eine Reihe Titeländerungen für Postbeamte vor.

Abg. Flemming (k.) verlangt energische Maßnahmen gegen die Postdiebstähle und schließt sich den Wünschen auf Besserstellung vieler Beamtenkategorien an.

Staatssekretär Rüdlin: Die

Wiederzulassung von Einschreibpaketen

wird erwogen. Die Fernsprechleitungen nach Wien sind außerordentlich besetzt; augenblicklich ist es noch nicht nötig, die von dem Abg. Taubadel vorgebrachten Wünsche der Presse zu erfüllen. Davon, daß Leute über 40 Jahre bei der Post nicht mehr eingestellt werden sollen, ist keine Rede. Die Löhne der Telegraphenarbeiter sind im Kriege erheblich erhöht worden, bis auf über 8 M. ohne Teuerungszulagen.

Abg. Bruhn (Dtsch. Frakt.) spricht sich für Besserstellung der Beamten aus.

Abg. Zubeil (U. Soz.): Das Günstlingswesen hat bei der Post in ganz erschreckendem Maße zugenommen. Anerkennenswert ist, daß der neue Staatssekretär mit den Organisationen der Beamten in Verbindung treten will. Aber auch die Einrichtung von Beamtenausschüssen ist ein dringendes Erfordernis. Die Beamten verlangen nicht neue Titel — davon werden sie mit ihren Familien nicht satt. Sie brauchen angemessene Bezahlung und anständige Behandlung. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Der neue Staatssekretär findet also reichlich Gelegenheit zu großzügigen Reformen. Wir wollen abwarten, ob er damit vorangehen oder ob es bei dem alten Schlendrian belassen wird. (Beifall b. d. U. Soz.) Die Lage der Aushelfer muß wesentlich verbessert werden. Der Aufseher über 300 Aushelferinnen im Briefpostamt C. 2 Berlin behandelt die Aushelferinnen, meist Kriegerfrauen, in unwürdigster Weise. Alle Beschwerden sind bisher nutzlos gewesen.

Abg. Haegy (Elf.) führt Klage über die mangelhaften Postverhältnisse im Elsaß.

Staatssekretär Rüdlin erwidert dem Abg. Haegy, daß er auf die militärische Postüberwachungsstellen keinen Einfluß habe, seine Klagen mag er also beim Militäretat vorbringen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) klagt über die ganz uneinheitliche Regelung der Teuerungszulagen für das große bei der Postverwaltung beschäftigte Arbeiterheer. Auch eine einheitliche Arbeitsordnung für diese Arbeitermassen sei notwendig. Ganz besonders der Hilfe bedürftig sind die ganz erbärmlich bezahlten Gehilfinnen bei den Postämtern dritter Klasse. Ganz unsozial ist es, daß die Postverwaltung Kriegerwitwen nur einstellt, wenn sie kinderlos und noch nicht 30 Jahre alt sind. Die Kugel, die ihren Mann traf, hat nicht nach dem Alter der Frau und der Zahl ihrer Kinder gefragt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Abgg. Dr. Gugelmeier (natl.), Sinkovich (Vp.), Behrens (Dtsch. Frakt.), Heckmann (natl.) bringen Beschwerden einzelner Beamtengruppen vor.

Staatssekretär Rüdlin sucht die Beschwerden zu entkräften und sagt Prüfung einiger Beschwerden zu. Dem Abg. Quarck gegenüber bemerkt er, daß die Frauenarbeit auch von ihm geschätzt werde, zu Beamtinnen könnten sie aber nicht gemacht werden.

Das Gehalt des Staatssekretärs und die Ergänzung zum Besoldungsgesetz wird angenommen, ebenso die Resolution, die die Einrichtung von Beamtenausschüssen fordert.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, 3 Uhr. (Außerdem Reichsdruckerei und Reichseisenbahn.)

Schluß: 9 Uhr.

U-Boot-Debatte im Hauptausschuß.

Erzberger (Z.) stellte am Donnerstag bei Eintritt in die Tagesordnung fest, daß der „Berliner Lokalanzeiger" seine Rede vom Mittwoch in schamloser Weise tendenziös entstellt habe. (Allseitige Zustimmung.)

Staatssekretär **v. Capelle** polemisiert gegen den Abg. Erzberger. Der Gefahrenpunkt für England sei heute erreicht. Auch er sei für einen Verständigungsfrieden, es frage sich nur, was man sich unter Verständigung vorstelle. Eine Berechnung des Abg. Erzberger über die **Welttonnage** Mitte 1917 beziffert diese auf 38 **Millionen Registertonnen.** Der Admiralstab schätzte sie auf 29 **Millionen.** Genaue Feststellungen lassen sich sehr schwer machen. Redner versuchte dann die Meinungsdifferenzen zu erklären und bemerkt, der Admiralstab sei fest davon überzeugt, daß mit dem U-Boot-Krieg das gesteckte Ziel zu erreichen ist. Dafür spreche die Tatsache der Frachtraumnot unserer Gegner. Das amerikanische Schiffahrtsbureau berechnet die Welttonnage auf 82 Millionen Registertonnen, von denen 17 Millionen auf den transatlantischen Ueberseeverkehr entfallen. Die Hauptsache sei, daß die Not Englands steige. — **Gothein** (Vp.): Daß der U-Boot-Krieg seine Wirkung tun wird, ist nicht zu bezweifeln, fragt sich nur, wie lange das dauert. Die Angaben des Staatssekretärs lassen einen unbegreiflichen Optimismus erkennen. Redner setzt dann ausführlich auseinander, daß keineswegs alles geschehen sei, die Zahl unserer U-Boote zu vermehren. Man kann nach alledem nicht erwarten, daß man zum Reichsmarineamt Vertrauen haben kann. —

Staatssekretär **v. Capelle** widerspricht diesen Darlegungen und verteidigt sein Verhalten. Er habe niemals den Werften kurze Lieferfristen aufgedrängt und mit der Erteilung von Aufträgen geknausert. Mit Entschiedenheit bestreitet er, daß es eines Druckes auf das Marineamt bedurft hätte. Jedenfalls sei man auf einen langen Krieg völlig vorbereitet.

Noske (Soz.): Der Reichstag müsse nach wie vor mit Entschiedenheit darauf hinarbeiten, zu einem **Verständigungsfrieden** zu gelangen. Dieser Gedanke darf aber in der Flotte nicht propagiert werden. Wir haben uns aus politischen Gründen **gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg** gewendet; **unsere Befürchtungen haben sich erfüllt.** Frankreich setzt heute seine ganzen Hoffnungen auf Amerika. Niemals aber haben wir gefordert, vorhandene Kampfmittel nicht anzuwenden. Die Berechnungen über die Tonnage sind zwecklos, gerade aber die Marineverwaltung hat sich auf solche Berechnungen gestützt und ist nun damit bös hereingefallen. Genau so, wie die Berechnungen Helfferichs völlig daneben gelungen sind. Alles Reden hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß auch der Staatssekretär zu den Männern gehört, die mit ihren Voraussagen sich und andere getäuscht haben. Redner erinnert an die Bemerkung des Staatssekretärs, daß die amerikanischen Truppentransporte ein willkommenes Objekt für den Abschuß bilden würden. England wird mit verzweifelter Energie alles daransetzen, seine Weltmachtstellung zu erhalten. Die Gewißheit sei jedenfalls nicht vorhanden, daß durch den U-Boot-Krieg England in kurzer Zeit friedensbereit sei. Daß die Marineverwaltung derart versagt habe, wie Gothein das behauptet, treffe nicht zu. Daß die Werften, die sich zum Teil im Kriege gesund gemacht haben, nicht genug Aufträge bekommen können, ist zu begreifen, das aber kann nicht maßgebend sein.

Kapp (k.) nimmt den Staatssekretär gegen die Angriffe der Fortschrittler in Schutz. Eine Partei, der heute nicht genug Boote bestellt werden können, hätte sich dann seinerzeit nicht gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg wenden dürfen. Wenn man Amerika früher mit kühler Gelassenheit behandelt hätte, dann hätte es vermutlich überhaupt nicht aktiv in den Krieg eingegriffen, es wäre der stille Verbündete Englands geblieben. Der U-Boot-Krieg hätte ganz anders gewirkt, wenn man nicht erklärt hätte, Passagierschiffe sollen geschont und die Mannschaften torpedierter Schiffe sollen gerettet werden. Das konnte man tun, aber man brauchte es, in falsch verstandener Humanität, nicht anzukündigen.

Stresemann (natl.) wünscht, daß die einzelnen Ressorts auf Angriffe des feindlichen Auslandes rascher antworten möchten. Darüber hinaus müßte man mit aufklärenden Flugschriften auf die Volksmassen einwirken. Die Nationalliberalen haben das Verdienst, zuerst die Wichtigkeit des rücksichtslosen U-Boot-Krieges erkannt zu haben.

Ledebour (U. Soz.) stellt fest, daß seine Partei auch heute noch dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg ablehnend gegenüberstehe. Dagegen war nichts einzuwenden gegen den U-Boot-Krieg, wie er vorher geführt wurde, um die Aushungerungspläne Englands abzuwehren.

Graf **Westarp** (k.) erklärt, daß am U-Boot-Krieg jetzt nichts mehr geändert werden kann, er muß in der bisherigen Weise fortgeführt werden, wobei nur zu bedauern ist, daß er nicht eher eingesetzt hat. Die Ansicht, daß man **England in sechs Monaten niederzwingen** könne, sei von Bethmann Hollweg ausgesprochen worden, nicht aber von dem Vertreter einer Partei oder des Marineamts. Die Abgg. Gothein und Strube können ihr Material durch grobe Pflichtverletzung erhalten haben, wodurch ihre Angriffe an Wert erheblich einbüßen müssen. Jedenfalls müsse gebaut werden, ohne Rücksicht auf die Kosten. Die Einschränkung unserer Flottenrüstungen darf unter keinen Umständen Gegenstand der Friedensverhandlungen sein.

Erzberger (Z.): Die Verhandlungen haben jedenfalls ergeben, daß die amtlichen Berechnungen im Papierkorb liegen. Man solle nicht in Abrede stellen, daß für den Erfolg des U-Boot-Krieges eine kurze Frist vorausgesagt wurde — und das ist nicht eingetreten.

Die Beratungen werden am Dienstag mit dem Militäretat fortgesetzt.

Bevölkerungspolitik und Geschlechtskrankheiten.

Die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik fuhr am Donnerstag bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Geschlechtskrankheiten bei § 6 fort. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Richtlinien, die nach diesem Paragraphen vom Bundesrat für die **Regelung der Prostitution** erlassen werden sollen. Es lagen zwei Anträge zu diesen Richtlinien vor: ein sozialdemokratischer, der den Reichskanzler ersucht haben will, dahin zu wirken, daß alle Bestimmungen fortfallen, die eine Aufrechterhaltung der Sittenkontrolle bezwecken, sowie ein Zentrumsantrag Hitze, der bestimmen will, daß Landes- und Ortsbehörden weitere Vorschriften zur Ergänzung der Richtlinien treffen dürfen.

Es herrschte bei den Vertretern aller Parteien Uebereinstimmung darüber, daß die bisherige polizeiliche Sittenkontrolle vollständig bankerott gemacht habe. Die sozialdemokratischen Redner begründeten die Notwendigkeit, ein Prinzip aufzugeben, das die Prostitution immer tiefer in den Schmutz geführt habe. Es sei ein Ersatz des Prinzips notwendig, der in Fürsorgeeinrichtungen bestehen müsse, die die mehrfach vorbestraften Prostituierten zur Ordnung und Disziplin zurückführen sollen. Ein Antrag der Unabhängigen will zu diesem Zwecke Sanitätskommissionen eingerichtet haben.

Die Regierung hält die polizeiliche Sittenkontrolle für unentbehrlich. Die Sittenkontrolle komme auch als „letztes Abschreckungsmittel" in Betracht. Die Kommission hält jedoch den Ersatz der polizeilichen Sittenkontrolle für geboten und verweist die Sache an die Unterkommission, die weitere Reformvorschläge machen soll.

Ein Antrag Mumm will den § 300 des Strafgesetzbuches dahin abändern, daß das Berufsgeheimnis der Aerzte keine Geltung haben soll bei der Auskunfterteilung an Behörden und Fürsorgestellen, die zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten berufen sind. Dieser Antrag ist eine Wiederholung der von der 16. Kommission im Vorjahre gefaßten Beschlüsse. Ein Zusatz Mumm wird abgelehnt, dagegen der vorjährige Beschluß aufrechterhalten.

Groß-Berlin

Was soll aus dem Mann werden?

Ein Kranker, dem Obdach, Pflege und Nahrung verweigert wird.

Wir klagen nicht an, wir berichten. Der Arbeiter Richard Keebelmann aus Berlin war bis zum 14. April 1918 als Zivilarbeiter der Leipziger Firma Rud. Wolle im Kriegsgebiet tätig. Er hatte sich durch einen Zutreiber dieser Firma namens Schoppwinkel, der in den Räumen des öffentlichen Arbeitsnachweises Koppenstraße 5 sein Wesen treibt, unter glänzenden Versprechungen anwerben lassen. Die Zustände, die K. an seiner Arbeitsstelle bei Bortenach i. E. antraf, waren genau die, wie sie der Abgeordnete Genosse Stücklen am 18. März 1918 im Hilfsdienstausschuß geschildert hat. (Wir haben diese Rede am 19. v. M. unter der Ueberschrift „Moderne Sklavenhalter" wiedergegeben.) Nur eine Schüssel gleichzeitig für Eß- und Waschzwecke, verlauste Unterkunft, mangelhaftes Essen, körperliche Mißhandlung der Arbeiter durch die Meister, all das war auch in Bortenach zu finden. Die Firma übervorteilte überdies die Arbeiter schändlich, so wurden für ein „Nachtlogis" auf dem Transport — bestehend aus Schlafen auf dem blanken Fußboden, ohne Beigabe von Decken usf. — den Arbeitern 1,60 M. vom Lohn abgezogen (uns hat der betreffende Lohnzettel vorgelegen), obwohl den Arbeitern gesagt worden war, daß die Firma die Kosten des Transports trage. Für das schnell verschleißende Schuhwerk bot die Firma den Arbeitern als Ersatz minderwertige Holzschuhe an, die sie sich mit 39 M. das Paar bezahlen ließ.

K., der wegen Lungentuberkulose vom Militär entlassen war, erkrankte infolge der Arbeiten in Nässe und Regen wiederum heftig. Darauf wurde er mit den nachfolgend abgedruckten Bescheinigungen nach Berlin geschickt.

Bauleitung Mark.
Gruppenleitung Berlin.

Dienstausweis Nr. 856.

Der Arbeiter Richard Keebelmann der Baufirma Rud. Wolle hat den dienstlichen Auftrag, sich heute von Bortenach-Kanalholz nach Saargemünd und zurück zu begeben.
Grund: Aufnahme ins Lazarett.
In Ermangelung des Dienstsiegels:

(Stempel) Im Felde, 14. April 1918.
Armee-Bauleitung 19. a. B.
Gruppenleitung B. 1. (Unterschrift)
D. Fp. 477. Oberleutnant und Adjutant.

Ausweis.

Der Zivilarbeiter Keebelmann wird dem Lazarett in Berlin überwiesen und hat sich am Ankunftsbahnhof bei dem diensttuenden Arzt zur Ueberweisung in ein bestimmtes Lazarett zu melden.

gez.: Chefarzt der Bayr. Krankentransport-Abteilung 19, Deutsche Feldpost 123.
(Stempel) (Palmberg) Stabsarzt.
14. April 1918.

In Berlin meldete sich K. befehlsgemäß auf dem Anhalter Bahnhof, wurde von dort nach der Kommandantur, von dieser zur Betriebskrankenkasse der Heeresverwaltung, Lehrter Str. 57, gewiesen. Hier erklärte man ihm, sein Fall ginge das Militär nichts an, denn er sei Zivilarbeiter. **Er könne nicht ins Lazarett aufgenommen werden.** Damit stand K. auf der Straße. So suchte er wenigstens Obdach und fand dieses vorläufig in der Borsigstraße. Nun aber **verweigert ihm die Brotkommission Chausseestraße die Lebensmittelkarten,** weil sie die abgedruckten Bescheinigungen **nicht als gültige Abmeldung** betrachten könne. Er müsse sich nach der Zentrale Spandauer Straße, wenden, die aber schon geschlossen sei. Zu essen bekommt K. also einstweilen nichts, obwohl er nun schon 2 Tage in Berlin von einer Stelle zur andern läuft. Sein Obdach kann er auch nicht behalten, denn er ist völlig mittellos hier angekommen. Arbeit kann er auch nicht suchen, **denn seine Papiere befinden sich noch im Besitz der Firma.** Seine Kleider befinden sich durch die Arbeit im Kriegsgebiet überdies in so zerlumptem Zustand, daß ihn kaum jemand einstellen würde. Dazu die schon von außen am fiebrigen Aussehen erkennbare Lungenschwindsucht, alles Dinge, von denen wir uns durch Augenschein überzeugt haben.

Wir fragen hiermit öffentlich: **Was soll geschehen, damit der lungenkranke Mann nicht binnen weniger Tage elend zugrunde geht?**

Gegen die Wohnungsnot in Groß-Berlin.

Zwecks wirksamer Bekämpfung des für Groß-Berlin zu gewärtigenden erheblichen Mangels an kleinen und mittleren Wohnungen beabsichtigt die Regierung die Schaffung einer Kleinhaussiedelung im Bereiche der südöstlichen Vororte. Im Gebiete der Vororte Adlershof, Alt-Glienicke, Niederschöneweide, Johannisthal und Cöpenick sollen mehr als 1100 Morgen für die Besiedelung hergegeben werden. Vorgesehen ist die Errichtung von Ein- und Zweifamilien-Wohnhäusern. In Adlershof, Johannisthal und Niederschöneweide werden teilweise auch Häuser für mehr Familien erbaut werden. Die ganze Siedelung, die sich auf die erwähnten fünf Gemeinden erstrecken wird, soll im ganzen etwa 9000 Wohnungen umfassen, die also ungefähr 35—38 000 Menschen Unterkunft bieten würden. Von den in Aussicht genommenen 9000 Wohnungen entfallen 3410 auf Adlershofer Gebiet, 1740 Wohnungen auf Niederschöneweider, 1350 Wohnungen auf Alt-Glienicker, 1810 Wohnungen auf Cöpenicker und 1160 Wohnungen auf Johannisthaler Gebiet. Die Errichtung dieser Kleinhausbauten soll durch gemeinnützige Baugenossenschaften erfolgen, an denen sich die Gemeinden, Staat, Reich und Provinz, sowie die Großindustrie beteiligen.

Die Groß-Berliner Wohnungsfrage beschäftigte die letzte ordentliche Mitgliederversammlung des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin. Die Versammlung protestierte aufs schärfste gegen die Wiederfreigabe der Dach- und Kellerwohnungen für Wohnzwecke. Sie begrüßte durch eine Resolution die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung, 578 Hektar Groß-Berliner Gelände in guter Verkehrslage zum Bau von 18 740 Kleinwohnungen mit Gärten für einen Gesamtpreis von 14 Millionen Mark herzugeben und die Finanzierung der Bauten durch Beteiligung an gemeinnützigen Baugenossenschaften und Uebernahme der Bürgschaften für zweite Hypotheken zu fördern. Die einstimmig angenommene Entschließung fordert, daß der Bau dieser Kleinwohnungen noch während des Krieges begonnen und die gesamte Baugeit nicht, wie vorgesehen, auf zehn, sondern auf längstens drei Jahre bemessen werde. Es wurde weiter beschlossen, mit der Groß-Industrie wegen des Bauens von Arbeiterwohnungen in Verbindung zu treten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dr. Kuczynski, zum zweiten Geheimer Regierungsrat Dr. Hermann Muthesius wiedergewählt. Neugewählt wurde in den Vorstand der Geheime Baurat und Landesbaurat Prof. Theodor Goecke. Zum Hauptausschuß gehören u. a.: Wirkl. Geh. Rat Dr. Dernburg, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Grotjahn, Hermann Jansen, Albert Kohn, Direktor der Berliner Ortskrankenkasse, Professor Bruno Möhring, Professor Hugo Preuß, Karl Friedrich von Siemens, der Vorsitzende der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und Umgegend E. Simanowski, der Reichstagsabgeordnete Südekum u. a. m.

Sonderbare Altkleiderverwertung.

Von den Schattenseiten der im vorigen Jahr durch die Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins geschaffenen Kleiderverwertungsorganisation mußte im „Vorwärts" schon öfter die Rede sein. Immer wieder hört man die Klage, daß bei diesem behördlichen Monopol der Altkleiderverwertung die Hergabe gebrauchter Kleidung dem Eigentümer empfindliche Verluste bringen kann. Und immer wieder wird auf der anderen Seite geklagt, daß die Groß-Berliner Kleiderverwertungsgesellschaft für die durch sie zum Wiederverkauf hergerichtete Kleidung sich Preise berechnet, die keineswegs billig zu nennen sind. Jetzt wird uns ein Fall mitgeteilt, der wegen der unbegreiflich geringen Höhe der bei der Hergabe der Kleidung gezahlten Preise berechtigtes Aufsehen erregt, aber auch noch aus einem anderen Grunde uns der Beachtung wert scheint.

Zur Ordnung des Nachlasses eines im Kriege gefallenen Schlächtergesellen verkaufte der Nachlaßpfleger die in der früheren Wohnung vorgefundene Kleidung, wobei er nach Ausweis des uns in Abschrift vorgelegten Versteigerungsprotokolls folgende Preise erzielte: 1. für 1 Sommerpaletot und 2 Anzüge zusammen 20 M.; 2. für 1 Jackett, 1 Weste, 2 Paar Hosen, 1 Winterulster zusammen 12 M.; 3. für 6 Schlächterschürzen, 13 Taschentücher, 1 Serviteur, 6 Kragen zusammen 3,85 M.; 4. für 4 Hemden, 2 Unterhosen, 5 weiße Jacken zusammen 4,55 M.; 5. für 1 Paar Stiefel 0,50 M.; 6. für 1 Hut, 1 Bürste, 1 Paar Handschuhe, 1 Halstuch, 1 Gürtel, 3 Schlipse, 5 Messer zusammen 2 M.; im ganzen 42,90 M. Wer diese gegenüber der jetzigen Teuerung lächerlich niedrigen Preise sieht, könne glauben, daß der Verstorbene nur Lumpen hinterlassen hätte. Doch auf Erkundigungen bei Personen, die über die Beschaffenheit seiner Kleidung genau unterrichtet waren, wurde uns die Versicherung gegeben, daß das meiste davon noch durchaus gut gewesen sei. Ein seit Jahren lungenkranker Bruder des Verstorbenen fragte bei dem Nachlaßpfleger an, ob nicht er, der sich in dürftigen Verhältnissen befindet, die für ihn sehr wertvolle Kleidung zu dem Preise von 42,90 M. zurückkaufen könne. Der Pfleger antwortete, erworben seien die Kleidungsstücke zu 1 bis 5 durch die Reichsbekleidungsstelle, die Gegenstände zu 6 durch eine Privatperson; die Möglichkeit eines Rückkaufs scheine sehr fraglich. Als Käuferin der Kleidung ist vermutlich die Kleiderverwertungsgesellschaft gemeint, die nach einigen Reinigungs- und Ausbesserungsarbeiten wahrscheinlich einen Verkaufspreis in Höhe eines Vielfachen vom Einkaufspreis festsetzen wird. An einen Rückkauf der gesamten Kleidung, wie der Bruder des Verstorbenen ihn wünscht, ist natürlich nicht zu denken. Ein diesbezügliches Gesuch, das er an den Vorsitzenden der Reichsbekleidungsstelle richtete, ist bisher unbeantwortet geblieben. Ihm könnte ja auch nur der Bescheid gegeben werden, daß er „ordnungsgemäß" jetzt nur noch gegen Bezugscheine die ihm bewilligte Kleidung kaufen darf und die von der Kleiderverwertungsgesellschaft festgesetzten Preise zu zahlen hat.

Inzwischen hat dem Lungenkranken die Landesversicherungsanstalt angeboten, ihn wegen seines Leidens in eine Anstalt zu geben, in der er wenigstens Besserung erlangen könnte. Er sagt uns aber, daß er hierauf verzichten müsse, weil es ihm an der nötigen Kleidung fehlt und an Geld, sich Sachen teuer zu kaufen. Soll die unter Mitwirkung der Kleiderverwertungsgesellschaft ausgeführte Nachlaßregelung ihm doppelt verhängnisvoll werden? Ein toller Zustand wär's, wenn auf diese Weise, nachdem man die Kleider des Verstorbenen für ein Spottgeld losgeschlagen hat, dem lungenkranken Bruder aus Mangel an Kleidung die Heilbehandlung versagt bleiben müßte.

Nachverteilung von Petroleum.

In den nächsten Tagen findet eine weitere Nachtragsverteilung der noch vorhandenen Restbestände an Petroleum gegen Petroleumkarten statt. Jeder bisherige Inhaber einer Petroleumkarte kann von morgen bis zum Mittwoch, den 24. d. M., die ihm noch zustehende Petroleumkarte auf der Brotkommission in Empfang nehmen. Wer bisher eine Petroleumkarte über 1½ Liter gehabt hat, erhält jetzt eine solche über 1 Liter, während alle übrigen Petroleumkarteninhaber eine solche über ein halbes Liter Petroleum erhalten. Petroleum auf diese Karten kann aber nur bis zum 28. d. M. entnommen werden.

Schutz gegen die Raupenplage. Im Tiergarten und in anderen öffentlichen Gärten und Wäldern ist gegenwärtig die Raupenplage sehr groß, so daß nicht nur Kinder, Verwundete und andere Erholung Suchende dadurch belästigt werden, sondern auch der Baumbestand ernstlich gefährdet wird.

Wie wir hören, hat die Kommandantur zur Vernichtung der Raupen Soldaten befohlen; bei der großen Ausdehnung des Tiergartens ist es aber dringend erforderlich, daß jeder Spaziergänger zur Vertilgung der Raupen beiträgt. Die Raupen sind hauptsächlich auf Bänken und auf den Einfassungsstangen der Rasenflächen anzutreffen und können dort leicht vernichtet werden.

An alle Bürger ergeht daher die Aufforderung, zum Schutze des Tiergartens sich an dem Vertilgungswerk zu beteiligen.

Eine Hörer- und Mitgliederversammlung des Vereins Arbeiter-Hochschule findet am Freitag, den 19., 8 Uhr abends in der Aula Niederwallstr. 12 statt. Der Generalsekretär der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung wird über „Volksschule und Volkshochschule" sprechen. Gäste willkommen. Nähere Auskunft über die Bestrebungen des Vereins erteilt die Geschäftsstelle C 2, Neue Friedrichstr. 53—56, II Zimmer 88, wo auch das neue Vorlesungsverzeichnis erhältlich ist.

Auskunftsstelle für Ansiedelungswesen. Krieger, die sich gern ansiedeln möchten, wenden sich, wenn sie nähere Auskunft wünschen, oft an falsche Stellen. Es sei deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß vom Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatspflege eine Auskunftsstelle für Ansiedelungswesen in Berlin SW. 11, Bernburger Str. 13, errichtet worden ist, die in enger Fühlung mit der Königlich Preußischen Ansiedelungskommission und den sonstigen Siedelungsunternehmen arbeitet. Sie berät alle Siedelungsanwärter sachgemäß und unentgeltlich in allen Fragen. Besonders die Kapitalabfindung, die es vielen Kriegern erleichtert, ein geschütztes Heim zu erwerben, wird eingehend durchgesprochen und den Anwärtern erläutert; ferner aber auch die Anbieter gewarnt, wenn sie zu teuer ankaufen wollten, oder selbst nicht die nötigen Vorkenntnisse besäßen, oder wenn unlautere Elemente sich an sie herandrängten, um sie zum Kauf zu verleiten. Wer daher vor Schaden sicher gehen will, der wende sich an obige Auskunftsstelle, die ihm unentgeltlich raten wird.

Unter den bisherigen Anfragern befanden sich Kriegsbeschädigte, Witwen, Behörden, nach ihrem Berufe waren es vorwiegend Landwirte, Handwerker und Kaufleute.

Theaterkulturverband. Der heute Abend im Bürgersaal des Berliner Rathauses stattfindende Vortrag von Dr. Ludwig Seelig, dem Generalsekretär des Bühnenkartells, über „Theater und Staat" beginnt um 7½ Uhr.

Kein Verbrechen. Ein Mordgerücht rief, wie wir seinerzeit mitteilten, der Tod einer 50 Jahre alten Anna Kaschke aus der Wallstraße hervor. Die Obduktion der Leiche hat jetzt bestimmt ergeben, daß kein Verbrechen vorliegt. Die Verstorbene litt an einer Herzentartung und ist an Herzschlag gestorben.

Durch ein wildgewordenes Rind getötet. Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Viehhof ereignet. Ein dreijähriges Rind, das geschlachtet werden sollte, war beim Eintreiben ausgebrochen und vom Schlachthof auf den Viehhof gelaufen. Dort versuchte der 55jährige Arbeiter Karl Haß das wildgewordene Tier aufzuhalten. Er wurde jedoch überrannt und bei dem Sturz erlitt er einen Schädelbruch und eine schwere Beschädigung der Wirbelsäule. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht, wo er an den Folgen der schweren Verletzungen bald nach der Aufnahme starb.

Leichenfund. Aus dem Teltowkanal gelandet wurde in Lichterfelde die Leiche einer unbekannten Frau. Die Tote dürfte etwa 30 Jahre alt sein. Sie ist ungefähr 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und war mit schwarzem Rock, weißer Bluse, schwarzen Strümpfen und schwarzen Handschuhen bekleidet; die Wäsche war mit R gezeichnet. Die Verstorbene, die offenbar Selbstmord verübt hat, trug an der rechten Hand einen Ring mit dem Eisernen Kreuz, an der linken Hand einen schmalen Goldreif. Mangels irgendwelcher Ausweispapiere konnte die Persönlichkeit der Toten noch nicht festgestellt werden. Die Leiche der Lebensmüden befindet sich in der Halle des Parkfriedhofes in Lichterfelde.

Vermißtes Mädchen. Seit Sonnabend, den 23. Februar d. J. ist die bei der Mutter, Produktenhändlerin Marie André, Utrechter Straße 25, wohnhaft gewesene Schülerin Elisabeth André, geboren am 30. 11. 1909, verschwunden. Das Kind hat an diesem Tage noch die 169. Gemeindeschule, Lütticher Str. 4, und dann um 1 Uhr die Speisehalle für Schulkinder, Müllerstr. 158/159, besucht. Seitdem fehlt von dem Kinde jede Spur. Elisabeth André ist überaus klein und überaus schwächlich, hat ein blasses, schmales Gesicht, dichte und kurze dunkelbraune Haupthaare und Augen von derselben Farbe. Infolge Zahnlichtens hat es vorn in den Zähnen eine Lücke. Unter dem rechten Auge einen von einem Geschwür herrührenden roten Fleck. Der rechte Unterschenkel ist infolge eines früheren Bruches etwas nach außen gebogen. Sie trug braunen Sammtmantel, grünkariertes Kleid mit schwarzen Sammtärmeln und Stoß, braune Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. Kopfbedeckung fehlte.

Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das Kind einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, so sind irgendwelche Nachrichten an die Kriminalpolizei im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, Zimmer 331, 2 Tr., und jedes Polizeirevier zu richten.

Straßenbahnzusammenstoß. Gestern früh gegen 6 Uhr stießen in der Strelitzer Straße, kurz vor der Bernauer Straße, zwei Straßenbahnwagen der städtischen Straßenbahn (Linie Moabit—Hermannplatz) zusammen, wobei drei Personen schwer und dreizehn leicht verletzt wurden. An der Unfallstelle befinden sich zwei nebeneinanderliegende Ausweichstellen mit vier Weichen. Eine der Weichen war versehentlich falsch gestellt worden. Während der Führer des einen Wagenzuges nun versuchte, die Weiche richtig zu stellen, wurde der Anhänger seines Zuges von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Triebwagen mit voller Wucht angefahren. Bei dem heftigen Anprall wurden insgesamt sechzehn Fahrgäste zum größten Teil nur leicht verletzt.

Die Lichtspiele Tauentzien-Palast zeigen von heute ab den Film „Der lebendig Tote" mit Max Landa, das Lustspiel „Harrison u. Barrison", die Geschichte einer schiefen G. m. b. H., und Aufnahmen aus den flandrischen Kampfgebieten (Der großen Schlacht im Westen, III. Teil).

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, bringen vom 19. bis 25. April wieder zwei Uraufführungen, und zwar diesmal einen Maria-Carmi-Film, betitelt „Rächende Liebe". Der zweite Film, betitelt „Der Mann mit den vier Füßen", stellt ein Detektivabenteuer Joe Jenkins dar.

Neukölln. Lebensmittel. Im Gegensatz zu der in anderen Großberliner Gemeinden vorgeschriebenen Voranmeldung beim Bezuge von Nährmitteln werden in Neukölln die Nährmittel nach einer festen Kundenliste ohne vorherige Anmeldung unmittelbar nach erfolgter Belieferung der Kleinhändler und entsprechender Bekanntmachung in der Presse abgegeben. Aus dieser Ungleichheit des Verfahrens ist verschiedentlich die Meinung entstanden, daß die Versorgung in Neukölln gegenüber den anderen Großberliner Gemeinden eine schlechtere sei. Wie aus einer vom Magistrat aufgestellten Uebersicht hervorgeht, ist dies jedoch nicht der Fall. Das Neuköllner Verfahren hat außerdem den Vorzug, daß das Publikum bei jeder Nährmittelverteilung nur einmal, und zwar stets an einem bestimmten Tage zur Abholung der Lebensmittel den Kleinhändler aufzusuchen hat, während in den anderen Orten Großberlins erst eine Anmeldung und dann nach einer unbestimmten Frist die Abholung der Ware, also ein zweimaliger Weg notwendig ist.

Die Inhaber der Kartoffelkarten dürfen schon jetzt für die Zeit vom 15. April bis zum 12. Mai die auf die Abschnitte Nr. 16, 17, 18 und 19 entfallenden Wochenmengen entnehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß pro Kopf und Woche nur 7 Pfund verbraucht werden. Die Kartoffelkleinhändler sind gehalten, erst dann die Bedarfsmenge für die folgenden Wochen abzugeben, wenn die Belieferung ihrer Kunden mit der Wochenmenge für die laufende Woche gewährleistet ist. Vom Donnerstag, den 18. April ab, wird in den städtischen Verkaufsstellen gegen Vorzeigung der Neuköllner Warenbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes 107 ½ Kilogramm Gemüsekonserven auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben. Die dort noch vorhandenen Restbestände an Kaninchenfleischkonserven werden von jetzt ab freihändig und ohne jede Beschränkung verkauft.

Der Verkauf von Räucherwaren auf Abschnitt 90 wird am 25. April geschlossen, und verlieren die Abschnitte 90 sodann ihre Gültigkeit. Vom 26. April ab findet der Verkauf gegen Abgabe eines anderen Lebensmittelkartenabschnittes statt, dessen Nummer demnächst bekanntgegeben wird.

Wilmersdorf. Abgabe von Marmelade. Bis einschließlich Mittwoch, den 24. April, wird auf Abschnitt 18 der allgemeinen Lebensmittelkarte ½ Pfd. Marmelade abgegeben. Gelegentlich der Entnahme der Ware ist bei demselben Kleinhändler die Voranmeldung für den Warenbezug auf die Abschnitte 23 bis 28 der allgemeinen Lebensmittelkarte, sowie auf die Abschnitte 9—14 der Lebensmittelkarte für Jugendliche zu bewirken.

Reinickendorf. Lebensmittel. Da die Marmelade nicht rechtzeitig eingetroffen ist, kann vorläufig erst 1 Pfund verteilt werden und zwar auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte. Wann die Ausgabe auf Abschnitt 20 stattfindet, wird noch bekannt gegeben.

Weißensee. Lebensmittel. Die Ausgabe der auf Abschnitt 15 und 17 der allgemeinen Lebensmittelkarte angemeldeten je 100 Gramm (zusammen 200 Gramm) Teigwaren und der auf Abschnitt 16 angemeldeten 200 Gramm Graupen findet vom Donnerstag, den 18. bis Sonnabend, den 20. d. Mts., statt. Zugleich wird an jeden Inhaber der allgemeinen Lebensmittelkarte ein halbes Pfund Weißkohlsauerkraut verabfolgt. Die Entnahme der Waren muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem die Anmeldung bewirkt worden ist. Die Verabfolgung des Sauerkrauts hat zugleich mit der Auslieferung der Graupen auf Abschnitt 16 stattzufinden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Waidmannslust. Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Blessin, am Bahnhof Stolpe: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ernst Heilmann über: Die Lehren der Niederbarnimer Reichstagswahl. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht und Neuwahl der Bezirksleitung und der Funktionäre. 4. Beitragszahlung und Neuaufnahmen. Nach Schluß Unterhaltung.

„Vorwärts"-Leser und Freunde unserer Sache von den Orten Bergfelde, Birkenwerder, Glienicke, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Stolpe und Waidmannslust sind eingeladen.

Wildau—Königs-Wusterhausen. Bezirksversammlung morgen abend 7½ Uhr im Lokal von Schumann in Wildau. Vortrag der Genossin Ryneck-Baumschulenweg. Die „Vorwärts"-Leser und besonders die Frauen werden um ihr Erscheinen ersucht.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Arbeiterjugendheim, Rosinenstraße 4. Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, Vortrag des Genossen Dr. Konrad Schmidt über „Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann. Angehörige und Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Neukölln. Mitgliederversammlung morgen abend 8½ Uhr bei Kramer, Zietenstr. 69.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Kühl und überwiegend bewölkt mit wiederholten Niederschlägen, dazwischen zeitweise aufklarend.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 U.: Der Bürger als Edelmann.
Kammerspiele.
7 Uhr: Sumurun.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrundb. Schönh. Tor.
7½ Uhr: Die Richtige.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater in d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Straße nach Steinaych.
Komödienhaus
7½ Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
7 Uhr: Blitzblaues Blut.

Palast
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Erna Offeney
u. Walter Steiner.
d. neue April-Programm.

Reichshallen-Theater.
Täglich 7½ Uhr, Sonntags 3 und 7½ Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Pr.!

Theater für Freitag, 19. April.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½: Die Csardasfürstin
Sonntag 3½ Uhr: Jugend.

Deutsches Opernhaus
6½ Uhr: Die Hugenotten.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
7½ Uhr: Nante.

Komische Oper
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Morg. 3½: Wohlt.-V. z. Best. kriegsvl. Flieg. u. d. Hinterbl. gefall. Flieg. Schwarzwaldmäd.

Lustspielhaus 7½ Uhr
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Metropol-Theater
7½ Uhr: Die Rose von Stambul.
Stg. 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7½ Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O
7½ U.: Professor Bernhardi.

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: Die Ehre.

Thalia-Theater
7½ Uhr: Unter der blühenden Linde

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Drei alte Schachteln

Theater des Westens
7½ Uhr: Ludwig XIV.
mit Guido Thielscher.
Vorh.: Der Regimentszauberer.

Wintergarten
Gastspiel
Ballett Charell
Künstl. Leitg. u. Kostüm-Entw. Franz Krainer
Choreograph. Leitung: Eric Carell
sowie der
große
April-Spielplan!

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Musikantendorf.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Heute 7½ Uhr:
Benefiz für G. Witte:
Komteß Paula.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ruhm und Liebe.
Abends 7 Uhr:
Das fünfzigjähr. Jubiläum.

Admiralspalast.
Novität
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah ● Deutsche Tänze
7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

NATIONAL-THEATER (Deutsch-Amerikanisches Theater).
Montag, den 22. April:
Tägl. 7½ — z. 100. M. — Tägl. 7½
Die ist richtig! Von Dr. Lippschütz. Musik Walt. Bromme.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: Johannisfeuer. Vorvk. v. 10 U. ununterbrochen, auch Tietz.

Concordia-Lichtspiele
Vom 19.—22. Andreasstraße 64. Vom 19.—22.
Henny Porten in Gräfin Küchenfee.
Der Tod des Baumeisters Olsen.
Ein fideles Gefängnis.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Glück im Winkel.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ¼8 U.
Das Volksstück von Ad. L'Arronge
Anna's Traum.
Ein heiteres Familienbild.
Vorher das neue April-Progr.
Emil Merkel, Bruno Rügen usw.
Sonntag 4 Uhr: Bajazzo.

Apollo
Friedrichstr. 218. 7½
Der Flieger von Tsingtau
sowie die verblüffenden Varieté-Attraktionen.
Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36. Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Circus Busch.
Tägl. 7½. Stg. 3½ u. 7½ U.
Beifonis
Wunder-Kakadus.
Der kleinste Kunstradfahrer der Welt auf dem Drahtseil.
Daisy Williams
mit ihrer lustigen Artillerie.
Der singende Clown
Petersen ist wieder da!
sowie das übrige Progr.
Zum Schluß:
Frühlingsspiele.
Gr. Org.-Ausstatt. Pantom.
Der große Wasserakt.
Sturmszene m. d. Wolkenbruch. — Kahnrutsch in den Grunewaldsee aus 30 Meter Höhe.

Kaffee Luitpold
Motzstraße 15.
Kabarett.
Frank Bergmann
Pepi Pfeiffer
Martin Löwe
und das große
April-Programm.

Innungs-Krankenkasse der Juweliere, Gold- u. Silberschmiede (Zwangsinnung) zu Berlin.
Sonnabend, den 27. April, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3: 206/17
Ausschußsitzung.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung.
2. Jahresbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Verschiedenes.
Max Rost, Vorsitzender.
H. Hertz, Schriftführer.

Lichtspiel-Palast
Ab heute
3
Schlager:
Die oder Die
Detektiv-Schausp. in 3 Akten.
Hauptrollen: Hugo Flink, Hanne Brinkmann
Das spannende Wild-West-Drama
Die Banditen der Prairie
3 Akte.
Ausserdem:
Eine fatale Verwechslung
Schwank v. Czerny.
Anfang 5 u. 7¾ Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr gr. Jugend-Vorstellg.

Trianon-Theater
¼8 am Bhf. Friedrichstr. ¼8
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz, v. Möllendorff, Flink, Kotzner
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer

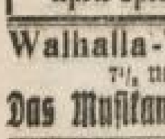
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor. Sprechst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Linienstraße 83—85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Sonntag, den 21. April 1918, vormittags 9½ Uhr:
Große Versammlung
der Berliner Gürtler u. Kronenschlosser
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1).
Tagesordnung:
1. Die Krankenversicherung nach den neuen Bundesratsbestimmungen. 2. Bericht aus der Taylorkommission. 3. Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
110/17 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.
Am Dienstag, den 30. April 1918, abends 8 Uhr, findet im Rathause (Stadtverordneten-Sitzungssaal), Rudolf-Wilde-Platz, eine
Ordentliche Ausschuß-Sitzung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Ausschuß-Sitzung.
2. Jahresbericht für 1917 und Abnahme der Jahresrechnung.
3. Kenntnisnahme von den Aenderungen des am 23. Februar beschlossenen zweiten Nachtrages zur Kassensatzung.
4. Kassenangelegenheiten.
Die Ausschuß-Sitzung ist nicht öffentlich. 266/19
F. Krukow, Vorsitzender. Fritz Senß, Schriftführer.

1000 Verdienstmöglichkeiten
bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung bietet die Methode Rustin (Mitarbeiter: 5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Prof.).
Rasche und gründliche Ausbildung
ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 224.

Steppdecken
Daunen-Steppdecken in reicher Auswahl.
Bernhard Strohmandel,
Berlin S, Wallstraße 72.
Filial.: Joachimsthaler Str. 25/26 u. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße.
Alte Steppdeck. werd. aufgearbeit.


Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Doppel-Konzert
zum Besten der Wohlfahrtspflege eines Garde-Regiments.
Mitwirkende:
Regimentsmusik des 6. Garde-Regiments,
Berliner Konzerthaus-Orchester,
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 1 Mark. Anfang 7½ Uhr.

Gegründet 1876.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume. Lagerräume: 6696 □-Mtr. groß
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. — Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 8—7, Sonntag von 12—2 Uhr geöffnet.

Das neue selbsttätige
Sauerstoffwaschmittel
OZON zur Wäsche
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
— Günstigste Verkaufsbedingungen für Detaillisten. —
General-Vertreter für Berlin und Brandenburg:
Hubert Sternberg, BERLIN W 35, Körnerstraße 3.
Telephon: Lützow 5000. 155L*

Von Rußland heimwärts.

Am 24. März verließ ein Lazarettzug mit 470 Gefangenen, Offizieren und Mannschaften, Petersburg und durchfuhr, am 25. März, nachmittags 4 Uhr, die deutsche Front bei Pskow. Endlich in deutschen Händen!, so atmete jeder auf, als er Rußland endgültig im Rücken hatte. Heraus aus der Unsicherheit, heraus aus einer Stadt, die ihre Einwohner nicht ernähren kann, weil die Zufuhr vom Lande künstlich ins Stocken gebracht wurde. Das Bewußtsein, die Lieben in der Heimat wiedergesehen, erfüllte alle mit feierlich-freudiger Stimmung, der der Kommandant von Pskow in einer Ansprache an die Heimkehrenden auf dem Bahnhofe Ausdruck verlieh. Die Stimmung wäre noch besser gewesen, wenn die Kanonen im Westen auch ihre Arbeit eingestellt hätten und der langersehnte allgemeine Frieden zustande gekommen wäre. So mancher dachte bei sich: Werden sie mich auch noch dahin schicken, nachdem ich jahrelang in russischer Gefangenschaft geschmachtet habe? Doch herrschte wieder Freude auf allen Gesichtern, als wir mit Nudelsuppe und Rindfleisch, Brot, Butter usw. verpflegt wurden und weiter der Heimat zufuhren — über Dünaburg, Wilna nach Warschau. Hier wurden wir gebadet und von dem Nationalvieh der Russen befreit. Die Gesunden kamen in Quarantäne und sollen dort 23 Tage bleiben. Die Kranken kamen in Lazarette und werden auch einige Wochen bleiben, bis sie einigermaßen hergestellt sind. Die Angehörigen in der Heimat mögen nun nicht ungeduldig werden, wenn es drei bis vier Wochen dauert, ehe sie nach Hause kommen.

Zum erstenmal seit zwei, drei Jahren und länger haben die Heimkehrenden am 23. März wieder in einem Bette geschlafen. In Rußland schliefen sie auf dem Fußboden oder auf Pritschen, wie die Russen auch, und so mancher hat sich dadurch Rheumatismus und steife Glieder geholt. Doch wird gute Pflege und Nahrung, die sie reichlich bekommen, zur baldigen Genesung beitragen. Die meisten sind eigentlich gar nicht krank, sondern nur unterernährt. In Petersburg, wo dieser Transport schon zwei Monate und länger lag, war die Hauptnahrung Pferdefleisch und Döergemüse in endloser Wiederholung. Es war die gleiche Kost, von der die Mehrzahl der Petersburger Bevölkerung gelebt hat.

Die Gefangenen in Rußland haben, soweit sie in größeren Orten waren, ein wichtiges Stück Weltgeschichte miterlebt, sie sahen den Sturz des Zarismus und der Bürgerklasse und dann wieder die Ablösung Kerenskis durch die jetzige Klassendiktatur der Bolschewiki, die sich auf die rote Armee stützt. In Petersburg durften die Gefangenen vollständig frei umhergehen bei Tag und Nacht, Theater, Kino und Zirkus besuchen, auf der Straßenbahn gratis fahren, ohne belästigt zu werden. Die persönliche Freiheit war also nach allen Richtungen garantiert. Dieser Zustand besteht schon seit dem Zusammenbruch der russischen Armee und der Herrschaft der Bolschewiki in ganz Rußland. Also erhebliche Freiheiten, aber kein Brot! Manche Tage gab es gar kein Brot, dann wieder 50, später auch 100 bis 150 Gramm den Tag.

Die Gefangenen wurden in Petersburg von wohlhabenden Russen, die zum großen Teil auch die deutsche Sprache beherrschen, gebeten, sie sollten doch zu Hause dafür sorgen, daß die deutschen Truppen nach Petersburg kämen, um Ordnung zu machen. Dieselben Leute, die unter der Zarenherrschaft die Gefangenen beschimpften, schlugen oder gar erschlagen ließen, die sie den Krankheiten und Seuchen preisgaben, die Leute, die sich durch Geld vom Militärdienst loskaufte hatten, zu feige, um selbst für ihre Rechte und Interessen zu kämpfen, bitten jetzt die überlebenden Gefangenen, sie möchten ihnen gegen ihre neuen Bedrücker helfen! Wir hatten ihnen nur zu sagen: Helft Euch selber und macht selbst Ordnung, das ist Eure eigene Angelegenheit.

Reich an Erfahrungen, aber materiell arm und körperlich geschwächt, kehren die meisten zurück. Hoffentlich bietet ihnen die Heimat einen Ersatz für die vielen Leiden, die sie ertragen haben. In dieser Erwartung betreten sie den Boden der Heimat, bereit, wenn später dieser Weltkrieg zu Ende ist, an ihrem Teil wieder mitzuarbeiten an der deutschen Arbeiterbewegung.

Batum.

Die Naphthastadt.

Nach vierzigjähriger Russenherrschaft sind türkische Truppen in die Stadt Batum eingezogen, die ihnen der Friede von Brest-Litowsk eingebracht hat. Länger als 250 Jahre, von Anfang des 17. Jahrhunderts bis 1878, gehörte die wichtige Stadt der Türkei, und im Russisch-Türkischen Kriege von 1877/78 wurde sie von den Russen zwar belagert, aber dank tapferer Verteidigung nicht eingenommen. Trotzdem wurde Batum auf dem Berliner Kongreß Rußland zugesprochen. Rußland hat in den seither verflossenen vier Jahrzehnten viel für die neue Erwerbung getan, wozu allerdings in erster Linie das ausländische Kapital beitrug, das hier gewaltige Anlagen für die Naphthaverschiffung einrichtete. In Batum — westlich von der Stadt — befinden sich die großen Petroleumniederlagen der „Kaspischen und Schwarzen-Meer-Naphthaproduktions- und Handelsgesellschaft", die der Firma Rothschild in Paris gehört. Mit ihren unbegrenzten Geldmitteln haben die Rothschilds hier Einrichtungen von einer Ausdehnung und technischen Vollkommenheit geschaffen, wie sie nur noch Rockefeller in seinen pennsylvanischen Petroleumanlagen besitzt! Für die Rothschilds handelte es sich darum, ihre bei Baku am Kaspischen Meere, am Ostrande des Kaukasus geförderten Naphthaschätze auf möglichst billigem und bequemem Wege in den Weltverkehr zu bringen. Im Jahre 1883 wurde mit dem Bau der großen Eisenbahnlinie begonnen, die von Batum nach Baku führt und das Schwarze mit dem Kaspischen Meer durch einen Schienenstrang verbindet. Unablässig rollen auf dieser Bahn die Züge mit den Zisternenwagen voll des wertvollen Naphthas, um in Batum mittels geeigneter Einrichtungen unmittelbar in die Zisternenschiffe umgeladen zu werden, die in Friedenszeiten über das Schwarze Meer und durch die Dardanellen ihren Weg nach allen Häfen Süd- und Westeuropas nahmen. Doch auf die Dauer war die transkaukasische Bahn dem immer mehr anwachsenden Güterverkehr nicht gewachsen, und die Rothschilds riefen nach amerikanischem Vorbild, wie es auch zwischen den rumänischen Erdölquellen und Konstanza nachgeahmt wurde, eine gewaltige Röhrenleitung bauen, durch die das Rohöl aus den Quellen von Baku nach Michaelowo in ein Sammelbecken geleitet wurde. Von hier aus führt die Leitung in mehreren Strängen nach Batum, unmittelbar in die mächtigen Naphthatanks, aus deren Inhalt die Petroleumdampfer immer wieder durch Röhrenleitungen gefüllt werden. 230 Kilometer ist diese Ueberlandleitung lang, die stets der Bahnlinie folgt. Die Petroleumfelder von Baku, die Naphthaleitung, die Lager und Hafeneinrichtungen in Batum und die mächtige Petroleumflotte des Schwarzen Meeres stellen Werte von Milliarden dar, und die Besitznahme von Batum durch die Türkei, durch die ein erheblicher Teil dieser Werte unter türkische Kontrolle kommt, bildet für das hier angelegte französische Kapital einen schweren Schlag. Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß die Naphthaproduktions- und Handelsgesellschaft nunmehr etwa neue Wege der Verfrachtung für ihr Oel erschließen könnte; denn soweit Rußlands eigener Bedarf an Petroleum und anderen Naphthaprodukten in Frage kommt, nahm er schon früher den Weg über die Kaspisee und die Wolga. Rußland konnte aber schon vor dem Kriege trotz ausgedehntester Verwendung von Naphtha nicht mehr als ein Drittel der Erzeugung verbrauchen; zwei Drittel der Gesamtförderung nahmen über Batum den Weg ins Ausland, und auf diesen Weg wird die Naphthaproduktion auch fernerhin angewiesen bleiben. Im Jahre 1903 betrug die Ausfuhr 54 Millionen Pud; 1908 war sie auf 81 Millionen Pud gestiegen, und sie dürfte bei Kriegsausbruch 100 Millionen Pud schon weit überschritten gehabt haben.

Es ist begreiflich, daß die Stadt Batum angesichts der Milliardenwerte, die in Gestalt der trüben Naphthaflut und der daraus gewonnenen hochwertigen Erzeugnisse ihren Weg durch den ausgezeichneten, weiten und dank seiner bedeutenden Tiefe auch für die größten Seedampfer zugänglicher Hafen genommen haben, nicht nur einen großen Aufschwung, sondern geradezu eine Neugeburt erlebt hat. Als die Türken im Jahre 1878 Batum verließen, war es ein unansehnliches, schmutziges Städtchen mit einigen tausend Einwohnern, meist Georgiern und grusinischen Lasen, deren Gleichgültigkeit und Teilnahmlosigkeit in ganz Kaukasien beinahe sprichwörtlich ist. Aber der Bau der großen Petroleumlager bereits brachte Leben in das bisher so stille Gemeinwesen; Tausende von Arbeitern wurden herangezogen, und ihnen folgten zahlreiche Beamte und Angestellte der Petroleumindustrie. Rasch entstanden neue, modern angelegte Straßen, an denen sich griechische und armenische Kaufleute niederließen, die moderne Geschäfte errichteten. Auch eine nicht eben rühmliche Eigenart des alten Batum verschwand: der Mädchenhandel, der früher hier in Blüte gestanden hatte. Er galt der Verschleppung der wegen ihrer Schönheit im ganzen Orient berühmten Georgierinnen, der sog. Tscherkessenmädchen, in die Harems des Orients und die Lustsätten der Levantiner. Heute hat Batum 50 000 Einwohner, die ein durchaus europäisch anmutendes Gemeinwesen bevölkern. Eigentliche Sehenswürdigkeiten gibt es in der Stadt nicht. Ihre Erholung suchen die Batumer Kaufleute im Alexanderpark, der sich im Westen der Stadt längs des Nurie-Sees hinzieht, und in dem schöne Palmen und andere subtropische Gewächse ein ganz unrussisches Landschaftsbild zeigen. Aber Batum liegt ja weit südlich, auf der Breite von Konstantinopel, und der ragende Wall des Kaukasus hält im Winter die eisigen Winde vom östlichen Gestade des Schwarzen Meeres fern, die von den transkaspischen Steppen herwehen. Dank diesem Umstande und der heißen Sonne Transkaukasiens werden im Tschakwa-Tal, nur etwa zehn Kilometer von Batum entfernt, Tee und Bambusrohr mit Erfolg angepflanzt. Nun beginnt in der Geschichte Batums, das schon zur Römerzeit bestanden hat, ein neuer Abschnitt, und es ist wohl zu erwarten, daß die Türken diesen wertvollen Besitz einem weiteren Aufschwunge zuführen werden.

Der Fernsprecher um die Erde.

Was beim Telegraphieren über jede Erwartung hinaus gelungen ist, nämlich die Rücksicht auf die Entfernung durch die Einschaltung sogenannter Relais fast völlig zu überwinden, war für die Telephonie bis auf die neueste Zeit ein frommer Wunsch geblieben, und seine Erfüllung ist schließlich von einer Seite gekommen, von der sie wohl auch von gewiegten Fachleuten überhaupt nicht oder doch nicht in erster Linie erwartet worden ist. Die geheimnisvollen Kathodenstrahlen haben dies Wunder vollbracht. Dabei handelt es sich nicht einmal um die drahtlose Telephonie, sondern um die Möglichkeit, mit Leitungen gewöhnlicher Art Tausende von Kilometern weit zu sprechen, wo bisher die Grenze ungefähr bei 1000 Kilometer gesetzt war. Karl von Bardeleben gibt von der neuen Errungenschaft in der „Umschau" eine gründliche Besprechung, die eine Verfolgung dieser erfolgreichen Arbeiten von ihren physikalischen Grundlagen an gestattet. Nachdem die Schwierigkeiten einer Verstärkung von Fernsprechströmen im Vergleich zu den Telegraphierströmen behoben worden sind, werden die ersten Versuche zur Schaffung von Fernsprechrelais besprochen, deren erstes, für die Praxis noch nicht brauchbares Ergebnis vor etwa acht Jahren vorlag. Der neue, anscheinend entscheidende Fortschritt gründet sich auf das Kathodenstrahlenrelais, das, wie es merkwürdigerweise oft geschehen ist, an zwei ganz verschiedenen Stellen fast gleichzeitig erfunden wurde, nämlich in Oesterreich von Robert von Lieben und in den Vereinigten Staaten von dem bereits in der drahtlosen Telegraphie sehr bekannten Lee de Forest. Das Wesen der Erfindung und die Art, in der die Kathodenstrahlen in einer Geißlerschen Röhre zur Verstärkung der Telephonströme dienstbar gemacht werden, kann auf kleinem Raum nicht mit hinreichender Klarheit auseinandergesetzt werden.

Die benutzten Röhren haben einen Durchmesser von 8 Zentimeter bei einer Länge von etwa 30 Zentimeter. Die Kathode wird durch eine Batterie auf rund 1000 Grad erhitzt. Der Fernsprechstrom kann durch eine Röhre auf das zwanzig- bis dreißigfache verstärkt, seine Reichweite in einer gewöhnlichen Leitung verdoppelt, also auf wenigstens 2000 Kilometer gebracht werden. Es steht aber nichts im Wege, mehrere solcher Röhren hintereinander einzuschalten und damit eine praktisch beliebige Verlängerung des Fernspruchs herbeizuführen. In den Vereinigten Staaten sind unter Benutzung des Apparats von de Forest bereits die beiden entferntesten Hauptstädte New York und San Francisco in unmittelbare Fernsprechverbindung gebracht worden, obgleich der Abstand nicht weniger als 5000 Kilometer beträgt. In Europa gibt es danach keine Entfernung, die von einer Fernsprechleitung nicht zu besiegen wäre. Dabei hat aber die Liebenröhre den Vorzug, eine noch höhere Verstärkung zu bewirken, und man wird daher praktisch von der Möglichkeit einer Umspannung des ganzen Erdenrunds mit einer Fernsprechleitung sprechen können.

Notizen.

— **Die Nobelpreise** sollen auch in diesem Jahre nicht verteilt werden.

— **Ukrainisch und litauisch** werden entsprechend der besonderen Bedeutung, die diese Sprachen jetzt für Deutschland haben, im Orientalischen Seminar (Dorotheenstr. 7) unentgeltlich gelehrt.

— **Simon Dach von heute.** Die Anzeigepflicht der heutigen Menschheit und die Beschlagnahmefreudigkeit der Reichsbekleidungsstelle, Reichsmetallstelle und anderer Reichsstellen hat den seligen Simon Dach veranlaßt, das schöne Lied, das er einst dem Freundeskreise in Königsberg gewidmet hat, zeitgemäß für alle deutschen Staatsbürger umzudichten:

Der Mensch hat nichts so eigen,
So wohl steht ihm nichts an —
Er muß es doch anzeigen,
Daß man's ihm nehmen kann.

— **Der Diplomat.** In einem seiner Werke sagt Thiers von einem Diplomaten: „Ein echter Diplomat muß sein kalt wie Eis, hart wie Stein, glatt wie ein Aal, neugierig wie ein Zeitungsschreiber, stumm wie ein Fisch, mißtrauisch wie ein Geizhals, klug wie eine Schlange, beweglich wie ein Wetterhahn, listig wie ein Fuchs und halsstarrig wie ein alter Gefangenenwärter."

14]

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Didring.

Fünftes Kapitel.

Mit der Wärme lebte die Mückenplage in ihrem ganzen Schrecken auf. Allen Leuten wurde die Laune durch diese stechenden Untiere verdorben. Die Mückenschleier der Arbeiter wurden an einem einzigen Tage blutgesprenkelt von den Tausenden von Mücken, die sie auf dem Gesicht totschlugen. An Schlaf war nicht zu denken. Es war in den Baracken die Nächte hindurch ein einziges Stechen, Kratzen und Fluchen, und wenn die Arbeiter morgens heraustorkelten und die Schlaflust ihnen noch in den Augenlidern hing, war es das beste, sich ihnen fern zu halten.

Es leuchtete vor Mordlust in dem blutgesprenkelten Weiß der Augen. Schlägereien flammten ohne ersichtlichen Anlaß auf, und dann wälzten sie sich zwischen Sand und Steinen, die Stiefelabsätze gegen den Himmel gekehrt, während die Messer blitzten.

Besonders an den Samstagabenden, wenn die Schnapsflaschen aus Felsspalten und Kellerlöchern hervorgeholt wurden, hatte man das Gefühl, als lebe man am Fuße eines feuerspeienden Berges.

Es war, als müßte das gewaltsame und heiße Leben der Natur selber in diesen langen Sommertagen, wo die Sonne unausgesetzt am Himmel brannte, auch das Tempo des Blutes in den Adern der Menschen antreiben. Bisweilen ging ein Schneeschauer nieder, breitete eine weiße Decke über die Landschaft, kühlte die Luft ab und lähmte die Mücken, aber nach einigen Stunden brach die Sonne durch und leckte den Schnee auf, und die Mücke wurde nach der kurzen schönen Ruhe doppelt lebhaft.

Algren, der den Auftrag bekommen hatte, die Kurven der Bahn zu berechnen, dachte, er müsse verrückt werden. Freilich gelang es ihm, nach gründlicher Jagd jeden Morgen das Zimmer einigermaßen von Mücken zu säubern, indem er mit dem Handtuch gegen die Wände klatschte und die Pfeife rauchte, aber es dauerte nicht allzu viele Tage, bis die reizenden Tierchen sich in bezug auf das Rauchen völlig akklimatisiert hatten und den Pfeifenschaft mit Vorliebe als Promenade benutzten. Er verbrauchte mehrere Kilo Mückenöl, spürte aber weiter keine Veränderung, als daß nun das Bohrinstrument dieses Fliegers noch leichter in die Haut hineinglitt. Das ganze Gesicht, Hals und Hände waren mit Beulen übersät, die abwechselnd gekratzt werden mußten.

Es war sinnlos, an Schlaf zu denken. Nachdem er die Grenze des Tollwerdens gestreift hatte, verfiel er in tiefe Apathie und bildete sich ein, er würde schließlich immun werden, aber die Hoffnung trog, und er ging wieder zur Wut über. Er warf Meßstäbe und Zirkel beiseite und hopste im Zimmer umher und fluchte und verwünschte den Augenblick, wo er sich hatte verleiten lassen, sich um eine Anstellung an der Bahn zu bewerben.

So hielt der Haß gegen die Bahn den ersten Einzug bei ihm. Die Bahn nahm ihm den Schlaf, sie machte ihn krank und verrückt. Er machte sie für alles Schlimme verantwortlich, das ihm zugefügt wurde. Sie wurde gewissermaßen sein persönlicher Feind, den er jeden Tag vor sich sah, und der groß und stark wurde und aus dem Boden selbst herauswuchs.

Und da fing er an, sich aus all dem fortzusehnen. Am meisten sehnte er sich hinauf auf die großen Schneeberge im Süden. Dort würde er schlafen können.

Schließlich hielt er es nicht länger aus. Vielleicht hauptsächlich deshalb, weil er unvermutet auf Sarri stieß, der oben bei den Arbeitern stand, die eine Hand in die Brusttasche geschoben, während er mit Nomadenverachtung der Arbeit am Berge zusah.

Algren hatte Sarri schon ein paarmal getroffen und pflegte immer mit ihm zu reden, denn er sprach sehr gut Finnisch, da er ein paar Jahre in Borga bei Verwandten gelebt hatte. Sarri schien von Anfang an eine Sympathie für Algren gefaßt zu haben, nicht zum wenigsten wohl deshalb, weil dieser immer gut mit Tabak ausgerüstet war.

Algren fragte Sarri, ob er in den Mittsommertagen mit ihm in die Berge gehen wolle. Sarri hatte große Lust, da er aber Gereck versprochen hatte, ihn nach dem Rautasjärvisee zu führen, schlug er vor, daß sie alle drei zusammen am ersten schönen Tage loswandern wollten.

Die Wettermächte waren günstig. Am Tage vor der Johannisnacht machten sie sich auf den Weg, Sarri an der Spitze, mit krummen Knieen und mit einem kolossalen Packen auf dem Rücken, dann Gerell mit der Flinte über der Achsel und zum Schluß Algren mit einer guten Last im Rucksack.

Die erste Meile ging leicht, wenn es auch sein Unangenehmes hatte, bis an die Hüften durch die eiskalten Flüsse zu waten. Für Algren war es eine neue Erfahrung, daß er ein Schwindelgefühl nicht unterdrücken konnte, wenn das eisige Wasser ihm über den Bauch kroch. Aber nach kurzer Zeit hatte er sich dran gewöhnt, mit durchnäßtem Unterleib zu gehen, und fand schließlich, es sei eine Abkühlung, daß das Wasser in den Stiefeln platschte. Und durch den Birkenwald zu wandern war ein wirkliches Himmelreich.

Die Stämme leuchteten weiß durch das Grün. Er konnte sich nicht erinnern, jemals vorher Birkenstämme gesehen zu haben, die so ganz wie Marmor schimmerten. Die Sonne spielte durch das Laubwerk und glänzte auf den feingezackten, kleinen, blankgrünen Blättern. Die frischen Schüsse des Dostes draußen auf dem Moor leuchteten wie Blutflecken, und daneben standen die silbergrauen Polarweiden, während die Blütenflocken des Rosmarins rosenrot schimmerten. Ueber die umgebrochenen Zwergbirken, die Sturm und Schnee gemeinsam gefällt hatten, krochen die hellen Ranken der Brombeere aus dem Renntiermoose empor, um die morsch gewordenen Sturmgeknickten zuzudecken. Ueberall wimmelte es von Blumen und Blättern, Blaubeer- und Preißelbeerkraut, Heidekraut, Linneen und Wollgras, alles streckte sich der Sonne zu, als wollte es die Urquelle des Lebens küssen zum Dank, daß es aus Kälte und Dunkel auferstehen durfte. Bei jedem Schritt gingen Schneehühner in die Höhe, Liebeskranke, immer paarweise. Starke, frische Düfte strömten ringsumher empor, und selbst die düstere Bartflechte, die sich überall festklebte, hatte in der Sonne einen Anstrich von Freudigkeit.

Dies war in Glück und Sonnenglanz das große Fest der Auferstehung, eine Hymne der Natur, in die selbst der Himmel mit hohen, hellblauen, klingenden Tönen einstimmte.

Sarri deutete entzückt auf die großen grünen Blätter der Angelika, die am Rande von runden Bissen ausgezackt waren.

„Jetzt ist der Bär unterwegs," sagte er.

Algren vergaß Mücken und Schlaflosigkeit. Hier war der Glanz des Abenteuers, hier war das Reich der Sage. Hier gab es Trost für zerrissene, einsame Seelen.

(Forts. folgt.)

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
Sitz Berlin. Gegr. 1905.
Am 13. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Fräulein
Elsbeth Siemers.
Die Einäscherung findet Sonnabend, den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Treptow-Baumschulenweg, statt.

Ferner verstarb am 14. d. M. unser Mitglied, Frau
Frieda Franz
geb. **Kraemer.**
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 20. d. M., nachmittags 6 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt. 298/2
Ehre ihrem Andenken!
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Rauchhühnerzucht. Ein Buch für Anfänger. Mit zahlreichen Illustrationen. 1 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Frau
Ottilie Büttner
Berlin, Warschauer Str. 30, findet heute Freitag, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37, statt.

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Frau
Anna Dörfer
Berlin, Türkenstraße 25 findet morgen Sonnabend, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt. 306/2
Ehre ihrem Andenken!

Universal-Briefsteller 4,— Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 26.
Nachruf.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Franz Koch
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat gestern auf dem Schöneberger Gemeindefriedhof, Blanke Hölle, stattgefunden.
254/1 **Der Vorstand.**

Spar-Verein „Liegnitzer Schweiz".
Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Sparbruder, der Landsturmmann
Otto Hahn
am 14. April auf dem westlichen Kriegsschauplatze gefallen ist.
Ehre seinem Andenken!
285/8 **Der Vorstand.**

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel bei einem Sturmangriff am 25. März 1918 mein lieber jüngster Sohn
Otto Gießmann,
Landsturmmann, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse, im 36. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen 163R
Witwe **Wilhelmine Gießmann** als Mutter und Söhnchen **Erich.**
Neukölln, Thüringer Str. 4.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Einladung
zur Ordentlichen
Ausschuß-Sitzung
am
Montag, den 29. April 1918, nachm. 3 Uhr, im Kreishause in Berlin, Friedrich-Karl-Kferö, Kreistagssitzungssaal
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Abnahme der Jahresrechnung 1917.

Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen. 266/18*
Berlin, den 17. April 1918.
Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Kühn.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch . 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Buchhandlung Vorwärts. Berlin

Bekanntmachung.
Marmelade!
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:
I. **Auf Abschnitt Nr. 19 und 20 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfällt je 1 Pfund Marmelade.** Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 92 Pf. für das Pfund. Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.
II. Die Abschnitte 19 und 20 sind nur in den durch ein Aushängeschild:
„Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin"
gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar am 19., 20. oder 22. April 1918. Nachträgliche Anmeldung findet nicht statt. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.
III. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekanntgegebenen Großhändler bis zum 24. April 1918 einschl. abzuliefern. **Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, den Verkaufsbeginn durch Anschlag anzeigen und darf mit dem Verkauf nicht vor dem 29. April 1918 beginnen.**
Berlin, den 18. April 1918.
Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Runge.

Verkäufe

Kostüme aus schönen Stoffen, schwarz, blau, grau, braun, auch helle Farben, 150, 175, Röcke, Wolle und Seide, 48, 69 Mark, Seidenkostüme 110, Seidenmäntel, Mantelkleider 125, Seidenjacketts 55, Seidenkleider 85, 105, 125, Waschkleider, wundervolle helle und dunkle Stoffe 45, 58, 69, Modellblusen preiswert, Riesenauswahl, alle Größen. Fabriklager Michaelis, Mauerstr. 80, eine Treppe, neben Konzerthaus. Auch Sonntag 12—2 geöffnet. 218R*

Leiterhandwagen, größte Auswahl. Landsbergerstr. 19. 5R*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Neue Herrenanzüge. Uhrenverkauf, Silbertaschen. Leihhaus, Warschauerstraße 7. *

Holzräder 50-, 45-, 40-, 35-, 30er Leiterwagen (eigenes Fabrikat), Klappsportwagen, Lieferwagen. Alle Reparaturen an Korb- und Kinderwagen. Korbmacher Woldlich, Brunnenstraße 96. (Firma achten!) 129R*

Reiher, Straußfedern, Gelegenheiten kaufen Sie Alower Bazar, Kaiser-Wilhelm-Str. 16, beim Alexanderplatz. 11R*

Forel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volksausgabe 5,00 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3. Laden. *

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör, Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184R*

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat Wagner, Köpenickerstraße 71. *

Waldparzellen, nahe Bahnhof Baudorf, Quadratrute 10 Mark, Anzahlung 50 Mark, verkauft Hülsen, Steglitz, Bismarckstraße 11. Telephon Steglitz 2894. 195R*

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 208/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Wanduhren, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, neue Herrengarderobe. Sonntags geöffnet. 181R*

Teppiche, Bettvorleger, Divandecken, Tischdecken, Tüllstores. Potsdamerstraße 109, Fischer. 116R*

Leiterhandwagen, Auswahl, Holzräder. Kowalski, Schmidstraße 43. 210Sb*

Grundstück, massives Wohnhaus und Stall, 6 Wohnungen, elektrisches Licht, Garten mit tragbaren Obstbäumen, Viehbestand, eingezäunte Baustelle, Ländereien und Garten fertig bestellt, verkauft für 19 000 Mark Frau Fournetz, Storkow (Mark). 12R

Wagen, vierrädriger, Böcke nebst Platten für Händler, Kaninchenstall, Vogelbauer verkauft Knoblauch, Naunynstr. 7. †19

Arbeitstisch und Laden-Einrichtung verkauft Schröder, Lychenerstraße 32. †136

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. Blaue Schilder beachten. Sonntags 12—2 geöffnet. 60R*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 138R*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Annonce mitbringen, Wert 5 Mark. Lieferung frei Haus. Sonntags 12—2 geöffnet. 166R*

Wenig! gebrauchtes Eichen-Speisezimmer, Büfett mit reicher Kristallverglasung, Kredenz mit ovalem Kristallspiegel, Ausziehtisch, 6 Lederstühle, komplett 225,—. Möbelhaus Osten, nur 36, Andreasstraße 30. 198R*

Küche, eventuell Geschirr, Nußbaum-Trumeau, Seegrasmatratze. Franke, Liebigstraße 47, III. 45/16

Schwechtenplano, Posten gebrauchte, spottbillig, Pianolager, Alexanderstraße 14c. 214/14*

Pianinos, billigste Gelegenheiten, 700,00 aufwärts. Blüthnerpianos, Schwechtenpianos, Duysenpianos, Ibachpianos, Bieseypianos, Neufeldpianos, Spaethepianos, Quandtpianos, Blüthnerflügel, Bechsteinflügel, Friedländerflügel. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 214/12*

Kaufgesuche

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Pfandscheine kauft und beleiht Leihhaus, Friedrichstr. 55. 177R*

Alte Papierabfälle, alte Akten, Bücher usw. kauft zu guten Preisen ab jeder Station Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. Fernruf Wilhelm 1589, 5676. *

Spiralbohrer, Werkzeuge, Filmabfälle, Bestecke, Uhren, Ringe, Ketten usw. kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Kottbuserdamm 66 (Hermannplatz). 129R*

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft preiswert Sibel, Moabit, Kirchstraße 18, vorn. 177R*

Leitungsdrähte von 2,5 bis 95 Quadrat, beschlagnahmefreie Motore kauft Elektro-Schönberger, Blumenstr. 100. 10R*

Borax, Lacke und ähnliches kauft bestzahlend Walter, Thaerstraße 6. 191R*

Motore von ¼ bis 1,9 PS. jeder Stromart, Kupferleitungen GA, beschlagnahmefrei, kauft höchstzahlend Eidinger, Blumenstraße 88. Fernsprecher: Königstadt 2684. 19R*

Sektkorken, Weinkorken, beschlagnahmefrei, sowie alle andere und neue Film- und Zelluloidabfälle, Schallplatten, Walzen, auch zerbrochene, kauft Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. 128R*

Lacke, für ganz helle Ware bis 16,00, und sämtliche Malereiartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2379. 240Sb*

Fahrradankauf. Schwandtke, Linienstraße 19. 39/1*

Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,00, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 8R*

Metallschmelze. John kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260R*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Alfred Schumann, Große Frankfurterstr. 31, vorn II. 199Sb*

Photographische Rückstände, Filmabfälle, salpetersaures Silber kauft Chemisches Laboratorium Broh, Köpenickerstr. 29. Telephon: 3476. Direkte Verwertung. 171R*

Fahrradankauf, auch defekte, Schrader, Weberstr. 42. 22/18*

Kurzestraße 18 (Alexanderplatz) kauft Elektromechanik Drähte und Materialien höchstzahlend. 44/19*

Elektro-Drähte und Kabel kauft höchstzahlend Otto, Prinzessinnenstraße 7. 44/16*

Unterricht

I. **Kaufmännische** Privatschule von Paul Kowalski, Köpenickerstr. 143, am Schlesischen Bahnhof. Gründliche Vorbereitung von Damen und Herren für den kaufmännischen Beruf in Tages- und Abendlehrgängen, auch Englisch, Französisch, Russisch, Polnisch, Deutsch.

II. **Kurzschrift,** Diktatübungen, Debattenschrift, Maschinenschreiben, Schönschrift, Rundschrift.

III. **Buchführung,** einfache, doppelte, amerikanische Buchführung, ferner Buchführung für Gewerbetreibende, kaufmännisches Rechnen, Schriftverkehr. 4R*

Technische Privatschule von Regierungs-Baumeister a. D. Dr. Ing. Artur Werner, Berlin, Neanderstr. 3. Ausbildung im Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. 307*

Tanzschule Kohl, Rosenthalerstraße 11/12, Dienstag und Sonntag: Anfängerkurse. †181*

Verschiedenes

Gesucht wird Frau Henriette geb. Ziegler, 53 Jahre, Schwester des Klempners Wilhelm Ziegler aus Küstrin. Um gütige Auskunft bittet Frau Gleitzmann geb. Bär, Weißensee, Gustav-Adolf-Str. 145. †18

Arbeitsmarkt

Schmied am Fallhammer sucht Lehmann, Lichtenberg, Hönower Wiesenweg 19/20, zwischen Karlshorst und Oberschöneweide. 214/13*

Portier gesucht. Bevorzugt werden solche Bewerber, welche bereits in größeren Betrieben mit der Kontrolle des Personals betraut waren. A. Jandorf u. Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 118/119. 164R

Kellerer Tabakarbeiter zum Sieben sofort gesucht. Tabakfabrik J. Krol, Berlin NW., Marienstraße 30. 12R*

Maschinenschlosser, gelernter, sofort verlangt. Maschinenfabrik, Reinickendorf-West, Klixstraße 24. 277/16*

Lehrmädchen, Konfektionsstickerei. Stickereifabrik Münchmeyer, Niederwallstr. 33. 2R*

Lehrmädchen gesucht. Julie Grawe, Charlottenburg, Spreestraße 47. Posamentier-, Weiß-, Wollwaren, Tapisserie-Artikel. 9R*

Maschinen- und Handnäherin für Kinderkleidchen verlangt Petersburgerplatz 1. †178

Lehrmädchen, fingerfeß, aus achtbarer Familie, für leichte Arbeiten gesucht. Brill u. Cassel, Oberwasserstraße 13. M17b

50 Zimmerleute, 100 Erdarbeiter
sucht für dringende Heeresbauarbeiten 211Sb*
Bauunternehmung Leonhard Moll, München-Berlin.
Anmeldungen: Berlin, Koppenstr. 5.

Steindruck-Maschinenmeister
für sofort gesucht. 211S
Berliner Musikalien-Druckerei, Lindenstraße 16—17.

10 Werkstattklempner
für Bauklempnerarbeiten gesucht.
J. Degenhardt G. m. b. H.,
Berlin-Wittenau, 277/17
Wittestr. 47/48 (hinter Carl Flohr).

Drei Schreibmaschinen-Mechaniker,
zuverlässige, erste Kräfte, mit allen Systemen eingehend vertraut, in Dauerstellung gesucht.
P. A. Schmidt G. m. b. H.,
Schöneberg, Hauptstr. 48. *

Tüchtigen Heizer
für Durchhetzerei sucht
Stockfabrik G. & R. Redlich,
Ritterstr. 75. 237Q

Zeitungsbote
für den „Vorwärts" wird eingestellt. Passend für Invaliden.
Seikel, Lichtenberg,
Wartenbergstr. 1. *
Meldezeit 11-1½ u. 4½-7 Uhr.

Schlosser
für dringende Heeresarbeit zum sofortigen Eintritt gesucht.
Luftschiffbau Schütte-Lanz,
Zeesen 204/11*
bei Königswusterhausen.

Gelernte Dreher
sucht Maschinenfabr. **A. Roller,** Berlin, Prinzen-Allee 24. 224R*

Wächter und Wächterinnen
für Reviere und Einzelposten, unbestraft, kl. Kaution, sucht Wach- und Schließ-Gesellschaft, Tauentzienstr. 1, Eing. Ansbacher Straße. 45/17

Zuschneiderinnen
auf Kartonnagen verlangen
A. & S. Beutler,
Ritterstr. 90. 211Sb

Blusennäherin,
auch Handnäherin, i. Hause, bessere Sachen, Dauerarbeit Blusenfabr. **Wall,** Neue Winterfeldtstr. 17.

Kontoristin,
Kurzschrift- u. Schreibmaschinenkundig gesucht. Angebot mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbitten 230Z*
Gebr. Röchling,
Abt. Elektrostahl,
Berlin W 8, Friedrichstr. 180.

Ein Hufschmied
und ein 260/19
Stellmacher
werden verlangt.
Zu melden Fuhrpark Berlin-Treptow, Bildenbruchstr. 38/39.

Metallbrücker
Mechaniker
Werkzeugmacher
Elektriker
verlangt **Lehn,** Neukölln, 212Sb Steinmetzstr. 45.

Schlosser
und 141Z
Pumpenwärter
sucht
Hermann Tietz.
Meldungen in der Hausinspektion, Krausenstr. 51.

Schaffner
Fahrstuhlführerinnen
und
Reinmachefrauen
sucht 141Z
Hermann Tietz.
Meldungen in der Hausinspektion, Krausenstr. 51.

Feinmechanik.
Tüchtiger energischer
Meister
sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsanspruch und frühestem Eintritt an
Feinmechanische Anstalt
G. m. b. H. 228Z*
Nürnberg, Wollentorstr. 10.

Zimmerer
sofort verlangt. 192Z*
Neubau Westphal, Wittenau, Wittestr. 47/48.

Maschinen- und Bauschlosser
suchen 195Z*
Pluto-Werke,
Motor- u. Lokomotivbau G. m. b. H.,
Berlin-Hohenschönhausen,
Werneuchener-, Ecke Goeckestraße.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174 (am Koppenplatz) — Markusstraße 36 — Petersburger Platz 4 — Greifswalder Straße 22.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Steglitz: Bernsee, Mommsenstraße 59.
Lichtenberg: Wartenberg Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Tempelhof: Weckermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Wir suchen für unseren Betrieb 121*
ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter
in größerer Zahl ferner
Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.
Arbeiteranmeldestelle Pulverfabrik Premnitz.
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Tüchtige Steifer, Rohrleger u. Arbeiter
für Kanalisation gesucht, zu melden: 216L
Neubau Goerz, Schönow bei Zehlendorf,
Lichterfelder Straße, am Stichkanal.

Kehler für Mechanikarbeiten
jugendliche Arbeiter
für leichte Bohrarbeiten
stellen ein 211Z*
Schütze & Freund G. m. b. H., Pianomechanikfabrik,
Berlin-Lichtenberg, Friedrichstr. 28.

Tüchtige Tischler
für Boots- und Flächenbau
stellt in größerer Anzahl sofort ein 210Z*
Mercur Flugzeugbau G. m. b. H.,
Berlin SO 36. Treptower Str. 36/43.

Stereotypeur
stellt sofort ein
Vorwärts-Buchdruckerei. Lindenstr. 3.

Werkführer gesucht.
Für meine Schirmstockfabrik, Abteilung Naturstöcke, suche mit der Branche vertrauten Werkführer. 212Sb
Bernhard Noa, Michaelkirchstr. 20.

Die Kriegssteuern der Gesellschaften.

Das Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 umfaßt die Kriegsgewinne sowohl der Einzelpersonen als der Unternehmergesellschaften. Die Einzelpersonen hatten den Vermögenszuwachs zu besteuern, den sie in der Zeit vom 31. Dezember 1913, an welchem Zeitpunkt die Veranlagung zum Wehrbeitrag erfolgt war, bis zum 31. Dezember 1916 erzielt hatten, die Unternehmergesellschaften den Mehrgewinn, den sie in den ersten drei Kriegsgeschäftsjahren, verglichen mit dem durchschnittlichen Gewinn der letzten fünf Friedensjahre zu verzeichnen hatten. Als erstes Kriegsgeschäftsjahr galt das Jahr, in welches noch der August 1914 fiel. Bei Gesellschaften, die ihr Geschäftsjahr am 1. Oktober beginnen, endigte also das dritte Kriegsgeschäftsjahr bereits am 1. Oktober 1917. Bei der Fortdauer des Krieges war es selbstverständlich, daß die Mehrgewinne der späteren Geschäftsjahre nicht milder behandelt werden konnten als der ersten drei. Man hat daher schon im vorigen Jahr durch ein Sicherungsgesetz bestimmt, daß die Gesellschaften von dem Mehrgewinn des vierten und der folgenden Kriegsgeschäftsjahre 60 Prozent für die Zwecke der Besteuerung zurückzustellen haben. Auf dieser Grundlage soll nun durch den vorliegenden Entwurf die Mehrgewinnsteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr geordnet werden. Der Entwurf beschränkt sich dabei auf die Gesellschaften, erfaßt also nicht die Einzelpersonen. Der Vermögenszuwachs der Einzelpersonen aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1916 wird jedoch der Kriegssteuer nicht entgehen. Er soll an einem späteren Zeitpunkt, „an dem sich das Ende des Kriegs hoffentlich absehen läßt", wie es in der Begründung heißt, erfaßt werden. „Die Abgabe wird sich dann unter Verwertung der Erfahrungen, die bei der Veranlagung der alten Kriegssteuer gemacht sind, noch besser und ergiebiger ausbauen lassen. Jedenfalls würde, da als Stichtag für die Ermittelung des Endvermögens kein früherer Zeitpunkt als der 31. Dezember 1918 möglich ist, die Kriegssteuer der Einzelpersonen erst im Jahre 1919 veranlagt werden können."

Wenn nun auch kein Zweifel darüber besteht, daß die Einzelpersonen für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 mit ihrem Vermögenszuwachs der Kriegssteuer unterworfen werden, so wäre doch die Ordnung dieser Besteuerung schon jetzt sehr erwünscht. Jetzt noch wäre es möglich, den Fehler, der 1916 mit der Ablehnung der Mehreinkommensteuer gemacht wurde, teilweise wieder gut zu machen. Je weiter man die Sache hinausschiebt, desto schwieriger wird das. Die völlige Freilassung des Luxusverbrauchs der Kriegsgewinnler ist nicht zu verantworten.

Die Besteuerung der Gesellschaften soll nach drei Richtungen verschärft werden. Um jedem Zweifel und Streit vorzubeugen, wird ausdrücklich ausgesprochen, daß die Abgabe in keinem Falle zu dem Geschäftsgewinn gerechnet und vom Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahres abgesetzt werden kann.

Sodann ist eine wichtige Bestimmung über die Anrechnung der Abschreibungen getroffen, die das Schmerzenskind der Steuerbehörden sind und vielfach erst geprüft werden können, wenn sich die Preisverhältnisse nach dem Kriege geklärt haben und die Aemter besser besetzt sind. Daher sieht der Entwurf im Gegensatz zum geltenden Recht eine Nachveranlagung im Falle einer zu niedrigen Einschätzung als ohne weiteres möglich an.

Schließlich wird die Steuertabelle etwas verschärft. An Stelle eines scharfen Ansteigens der Abgabesätze tritt eine in mäßigen Grenzen sich bewegende depressive Ausgestaltung mit dem Höchstsatz von 60 Prozent gegenüber bisher 54 Proz. Dieser Abgabesatz von 60 Proz. ermäßigt sich bei Mehrgewinnen unter 500 000 M. je nach der Höhe des Mehrgewinns um 10, 20, 30, 40, 50 Proz. seines Betrages, so daß die Abgabe 60, 54, 48, 42, 36, 30 Proz. beträgt. Die inländischen Gesellschaften mit einem Mehrgewinn von 500 000 M. bis 1 Million genießen noch eine weitere abgestufte Ermäßigung.

Wenn auch die Kriegsgewinne nebenher noch von der Einkommensteuer des Staats und der Gemeinde erfaßt werden, so wird man angesichts der Riesengewinne der großen Heereslieferungsbetriebe nicht sagen können, daß die Sätze des Entwurfs zu hoch wären.

Helfferich im Hauptquartier.

Ueber einen Besuch Helfferichs im Hauptquartier war viel gemunkelt worden, insbesondere, daß er gegen Kühlmann arbeite, dann auch, daß er Staatssekretär für Uebergangswirtschaft werden wolle. Dagegen erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.", der Vielgenannte sei auf Ersuchen des Reichskanzlers gekommen, lediglich um über schwebende deutsch-bulgarische Wirtschaftsverhandlungen Rücksprache zu nehmen. Gegen ein selbständiges Reichsamt für Uebergang habe er sich noch als Vizekanzler scharf ausgesprochen. „Dr. Helfferich hat bei seinem Rücktritt von dem Posten des Vizekanzlers die Uebernahme eines neuen Minister- oder Staatssekretärpostens mit Bestimmtheit abgelehnt und sich lediglich zur ehrenamtlichen Uebernahme des ihm vom Reichskanzler erteilten Auftrages der Zusammenfassung der Vorbereitungen für den wirtschaftlichen Teil der Friedensverhandlungen bereit erklärt. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Dr. Helfferich diesen seinen Standpunkt seither nicht geändert hat."

Die Angst vor der Landtagsauflösung.

Je mehr die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses in den Bereich der Möglichkeit rückt, desto schwüler wird den Wahlrechtsfeinden zumute. Namentlich auch die Aussicht eines geschlossenen Vorgehens der Wahlrechtsfreunde, wie es im „Vorwärts" empfohlen worden ist, verursacht ihnen schwere Beklemmungen. Die Meldung verschiedener Blätter, daß ein nationalliberaler Preußentag auf den 28. April einberufen sei, versetzt die „Berl. Neust. Nachr.", die sich noch zu dem rechten Flügel der Nationalliberalen rechnen, in gewaltige Aufregung. Das Blatt vermutet bei der „Personalunion", die die preußische Staatsregierung mit der nationalliberalen Partei verbindet, daß die preußische Staatsregierung mit der Einberufung des nationalliberalen Vertretertages bestimmte Absichten verfolgt, nämlich eine offizielle Stellung der nationalliberalen Partei für eine geplante Auflösung des Abgeordnetenhauses vorzubereiten. Darüber ist das Scharfmacherblatt ganz aus dem Häuschen:

> Man scheut sich also anscheinend nicht, in einem Augenblicke, wo die letzte Entscheidung auf dem Schlachtfelde heranreift, und wo die hoffentlich letzten, aber auch schwersten und blutigsten Kämpfe draußen uns den siegreichen Frieden erstreiten sollen, in einem Augenblicke, wo für jeden vaterländisch gesinnten Mann die möglichste Erhaltung des einigen Zusammenstehens der Heimatsfront die Voraussetzung des Erfolges des letzten Ringens bildet, die **Brandfackel der Zwietracht** in das Parteihaus der nationalliberalen Partei und daran anschließend im Wahlkampfe in das gesamte Volk (!) zu schleudern. Da für jeden, der sich in dieser leidenschaftlich bewegten Zeit das nüchterne Urteil und den klaren Blick bewahrt hat, feststeht, daß im Falle einer Auflösung des Abgeordnetenhauses **ein Wahlkampf entbrennen würde, wie ihn unser Volk noch nicht erlebt hat,** fällt es **uns schwer,** an die Möglichkeit solcher Absichten zu glauben. Wir würden unsererseits niemand, der berufen wäre, die Verantwortung hierfür zu übernehmen, um diese historische, nationale und politische Verantwortung beneiden.

Diese Aufgeregtheit läßt auf ein sehr schlechtes Gewissen schließen.

•

Im Dreiklassenhaus schmiedet man derweile ein Plänchen, wie man die Regierung verhindern kann, gleich im Anschluß an die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage aufzulösen. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, besteht die Absicht, die zweite und dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage vor Pfingsten zu erledigen. Verdem sollen verschiedene andere Gegenstände erledigt werden, anläßlich eines Antrages Fuhrmann, über die politischen Rechte der Beamten dürfte es zu hochpolitischen Debatten kommen, auch der Januarstreik wird voraussichtlich das Haus beschäftigen. So ist es nicht ausgeschlossen, daß bei der Schlußabstimmung über die Wahlrechtsfrage der Etat noch nicht erledigt ist, da außer den Etats der Landwirtschaft und des Innern und einer Anzahl kleinerer Etats noch der ganze Kultusetat aussteht. Selbst bei flotter Erledigung **könnten diese Etats erst nach** Pfingsten an das Herrenhaus gehen.

Die Folge davon wäre, daß die Regierung, wenn sie **im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Landtag auflösen wollte, dies nicht sofort tun könnte, sondern erst nach der Verabschiedung dieser Etats.** Offenbar hoffen die Wahlrechtsfeinde, daß alsdann der Eindruck der Auflösung nicht mehr so stark ist, als wenn sie unmittelbar im Anschluß an die Ablehnung des gleichen Wahlrechts erfolgt.

Martin Spahn jun., der deutsche Clemenceau.

Professor Martin Spahn, der Sohn des preußischen Justizministers, richtet im roten „Tag" Angriffe gegen die Politik des Zentrums, insbesondere Erzbergers, wie sie bei Angehörigen der gleichen Partei immerhin zu den Seltenheiten gehören. Die Schärfe der Spahnschen Polemik legt die Vermutung nahe, daß nicht nur sachliche Gründe dem publizistischen Vertreter der Dynastie Spahn die Feder in die Hand gedrückt haben. Hat doch wegen des Sieges der verständigungsfreundlichen Richtung Erzberger im Zentrum der annexionslüsterne Spahn-Vater die Führung der Zentrumsfraktion niedergelegt, worauf er dann, ohne festen Boden in der Fraktion, das Amt des preußischen Justizministers annahm. Spahn-Sohn schreibt jetzt im „Tag", also in einem außerhalb der Partei stehenden Blatte, die Zentrumsfraktion habe sich „von Elementen führen lassen, die weder dazu berufen waren, noch den Auftrag hatten". Wiederholt bezeichnet Spahn die Erzberger-Gruppe als „quertreiberische Elemente". Die Art und Weise, wie Erzberger die Zustimmung der Zentrumsfraktion zur Friedensresolution zuwege brachte, vergleicht Spahn mit dem Vorstoß Clemenceaus, der mit der Produktion des Schreibens Kaiser Karls Erzberger nur nachgeäfft habe. Aber während (nach Spahn) Clemenceau durch die österreichische Geistesgegenwart entlarvt wurde, habe Herrn Erzberger niemand nach der Echtheit seiner österreichischen Schriftstücke oder auch nur nach ihrem Datum gefragt. Spahn schlägt vor, noch nachträglich die Richtigkeit dessen nachzuprüfen, was Erzberger damals der Zentrumsfraktion mitgeteilt habe.

Weiter verlangt Spahn, daß die Behörden nicht mehr „die ihrem politischen Einfluß abträglichen Ausstreuungen Herrn Erzbergers über ihre Absichten und ihr Tun gottergeben hinnehmen" und lobt in diesem Zusammenhang den preußischen Landwirtschaftsminister, der in der Polendebatte Erzberger „klipp und klar Lügen gestraft" und gezeigt habe, „wie trübe das Wasser der Quelle fließt". Am Schlusse seines Artikels geriert Herr Spahn sich als deutscher Clemenceau, indem er seinerseits welterschütternde Enthüllungen über Erzberger ankündigt:

> Denn so gewiß wie jetzt menschlichem Ermessen nach die Stunde des Sieges naht, so gewiß naht mit ihr auch die Stunde der Abrechnung über die deutsche Staatskunst und Diplomatie kurz vor und im Kriege. Kommt erst, was die neutralen Länder dazu beitragen können, offen und ungehindert über die Grenze zu dem Anklagestoff, der sich daheim anhäufte, dann wird der Fall Lichnowsky, arm an Bedeutung, **erstarren neben einem anderen Falle.** Das Persönliche daran wird rasch erledigt sein. **Eine Seifenblase, die zerplatzt.** Aber dem Vaterlande und der Partei ist zu wünschen, daß sie sich vorher in Sicherheit bringen, und daß nur noch ihre Vergangenheit betreffe, was immer ans Tageslicht kommt.

Wenn das Zentrum sich gegenseitig enthüllt, so wird ja die Welt einiges zu hören bekommen, wenn sie auch nicht gerade erstarren wird. Wohin Herr Spahn bei dem allen hinaus will, ist klar: sein Ziel ist die Wiederaufrichtung des schwarz-blauen Blocks, einer konservativ-klerikalen Herrschaft über Deutschland.

Zedlitz' politischer Abgang.

Wie die „National-Zeitung" erfährt, hat Freiherr v. Zedlitz u. Neukirch sein Amt als Vorsitzender der freikonservativen Partei niedergelegt. Abgesehen von dem hohen Alter des Parteiführers — er steht im 78. Lebensjahre — führt das Blatt diesen Entschluß hauptsächlich auf gewisse Unstimmigkeiten zurück, die inbezug auf die Wahlrechtsvorlage innerhalb der freikonservativen Partei bestehen. Herr v. Zedlitz war aus taktischen Gründen für das gleiche Wahlrecht unter der Voraussetzung starker „Sicherungen" zu haben, während die große Mehrheit seiner Fraktionskollegen unter Führung des Abg. Bredt das gleiche Wahlrecht unter keinen Umständen annehmen wollten. Es gelang Zedlitz nicht, seiner Meinung in der Fraktion Geltung zu verschaffen, und die Folge war, daß er nicht einmal in die Wahlrechtskommission entsandt wurde. Wie verlautet, soll bei der freikonservativen Partei die Absicht bestehen, das **Amt eines Vorsitzenden vorläufig nicht zu besetzen.**

Zur Angelegenheit Behr-Pinnow.

Unter dieser Ueberschrift hat der Rechtsbeistand des Kammerherrn v. Behr-Pinnow eine Erklärung verbreiten lassen, die an Kühnheit der Behauptung nichts zu wünschen läßt. Sie fordert geradezu heraus zur nochmaligen Betrachtung der ganzen Sache, denn Herr Dr. Görres bringt es fertig, zu sagen, er erwäge, ob nicht das Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft Deutsche Planfabrik G. m. b. H. beantragt werden solle, um alle die verschiedenen Fisci gleichzeitig zu befriedigen. Wenn das so weiter geht mit der Ehrenrettung des Herrn v. Behr-Pinnow, dann erleben wir es noch, daß man eine Sammlung zur Unterstützung eines verarmten Kriegsgewinnlers einleitet. Die Frage steht doch nicht so für die Oeffentlichkeit, was die Gesellschaft heute noch besitzt, sondern was sie an den Heereslieferungen in knapp 9 Monaten nicht an Bruttogewinn, sondern an reinem Verdienst einstecken konnte. Und da steht unwiderleglich fest, daß dieser Reinverdienst 4 620 376,17 M. betrug.

Freilich ist von diesem Riesenkriegsgewinn, der von armen Kriegerfrauen eingeheimst wurde, die pro Woche 15 M. verdienten, Kriegs- und sonstige Steuer erhoben worden. Es wäre ja auch noch schöner, wenn das nicht der Fall wäre. Aber damit ist der Gewinn nicht aufgebraucht. Wenn Konkurs angemeldet würde, könnte vielleicht festgestellt werden, wohin große Summen geflossen sind. Nur einen Fingerzeig in der von uns angedeuteten Richtung wollen wir geben. Geschäftsführer der Deutschen Planfabrik war ein gewisser Blanke, Inhaber der Firma Blanke u. Wedekamp, die in geschäftlichen Beziehungen stand zum Vaterländischen Frauenverein Berlin-Wilmersdorf, dessen Vorstandsmitglied Herr v. Behr-Pinnow war. Dieser Herr Blanke, der nur wenige Monate Geschäftsführer der v. Behr-Pinnowschen Gesellschaft war, erhielt bei seiner Einberufung zum Militär eine Gratifikation von 75 000 M. aus den Mitteln der Gesellschaft. Man darf wohl fragen, sind noch mehr solche Empfänger von Gratifikationen vorhanden und welche Summen haben diese erhalten?

Ueberhaupt: Es ist so eine sonderbare Sache mit der Gründung der Deutschen Planfabrik und ihrer Leitung. Der konservative Abgeordnete, Herr Schiele, brach am 16. April im Reichstage bei der Debatte über die Kriegsgewinnler auch einige Lanzen für Herrn v. Behr-Pinnow. Er meinte, Herr v. Behr-Pinnow sei ja nicht allein bei der Sache beteiligt. Beteiligt seien auch der Stadtrat Herr Steinborn, Herr Konsul Wiener, der obengenannte Herr Blanke und auch noch ein Kohn. Damit ist in der Angelegenheit v. Behr-Pinnow ein noch unbekanntes Kapitel aufgeschlagen worden; das Kapitel über die Gründung der Deutschen Planfabrik G. m. b. H.

Feststehende Tatsache darüber ist folgendes:

Im Herbst 1914 nahm der Vaterländische Frauenverein Berlin-Wilmersdorf, dessen Vorstandsmitglied Herr v. Behr-Pinnow war, die Sandsackfabrikation im großen Maßstabe in die Hand. Die Verträge mit den Vergebungsstellen schloß Herr Stadtrat Steinborn ab und technischer wie kaufmännischer Leiter der in der Gemeindeschule Gieselerstraße zu Wilmersdorf eingerichteten Werkstätten war Herr Konsul Wiener, Inhaber eines Versicherungsbureaus. Der Verein lieferte insgesamt 28 283 638 Stück Sandsäcke im Werte von 16 078 272,86 M. Sein Jahresverdienst betrug 3 389 159,95 M.

Als es nach Ansicht des Herrn Steinborn unmöglich war, die in Wilmersdorf bestehenden Werkstäten zu vergrößern, entschloß man sich einen zweiten Betrieb in Berlin einzurichten. Dieser zweite Betrieb aber war kein im vaterländischen Interesse gegründetes Unternehmen, sondern wurde abgesondert als die — Deutsche Planfabrik G. m. b. H. Alleinige Gesellschafter waren Herr Kabinettsrat a. D. v. Behr-Pinnow und Herr Legationsrat a. D. Dr. Rose. Herr Stadtrat Steinborn übernahm am 31. März 1915 auch einen Geschäftsanteil von 40 000 M., den er aber am 20. März 1916 an die Gesellschaft abtrat, wobei er sich gewisse Rechte aus dem Anteilsbesitze vorbehielt. Herr Blanke, mit den 75 000 M. Gratifikation, wurde Geschäftsführer und Herr Konsul Wiener, der technische Leiter der Werkstätten des Vaterländischen Frauenvereins in Wilmersdorf, wurde auch technischer Leiter der Werkstätte der Deutschen Planfabrik G. m. b. H.

Das ist die Geschichte der Gründung der Deutschen Planfabrik. Sie ist eigentlich eine selbständig gewordene Tochtergesellschaft des Unternehmens Vaterländischer Frauenverein Berlin-Wilmersdorf. Und aus dieser Geschichte der Deutschen Planfabrik wird man ohne Schwierigkeiten ersehen, daß man angesichts der an Herrn Blanke gezahlten Gratifikation von 75 000 M. fragen kann, ob noch mehr Gratifikationensempfänger da sind und welche Summen sie bekommen haben. Man könnte da unter Umständen bei einem Konkursverfahren ganz nette Summen hereinbekommen; denn wie solche Gratifikationen aufzufassen sind, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

Unter dem Gesichtswinkel dieser Gründungsgeschichte betrachtet, erscheint natürlich die ganze Angelegenheit in einem noch viel unvorteilhafteren Lichte als vordem, wo man noch nichts über die Art der Gründung dieser Erwerbsgesellschaft wußte.

Wird man es nunmehr aufgeben, Dinge zu beschönigen, die nicht zu beschönigen sind?

Reichstagsersatzwahl. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im 14. badischen Wahlkreise Wertheim-Tauberbischofsheim-Adelsheim wurde Dr. Zehnter (Zentr.) mit 5368 Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Herabsetzung der Brot- und Kartoffelration? Nach Mitteilungen eines Berliner Spätabendblattes hielt ein Mitglied des Kriegsernährungsamtes, Herr Rupprecht, in Dresden einen Vortrag, worin er erklärte, „daß möglicherweise eine Verkürzung der Broiration und vielleicht auch eine kleine Verringerung der Kartoffelration zeitweise eintreten müßte, falls die Vorräte aus der Ukraine nicht rechtzeitig und nicht in genügenden Mengen einträfen."

Letzte Nachrichten.

Die rote russische Reichsflagge.

Berlin, 18. April. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat folgenden Funkspruch veröffentlicht: Als Nationalkriegsflagge der russischen Republik ist durch das Zentralkomitee der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten eine rote Flagge mit der Goldbuchstabenaufschrift „Russische sozialistische föderative Ratsrepublik" angenommen worden, welche gleichfalls als Erkennungszeichen der russischen Kriegsschiffe gelten wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiterschaft als Mittel gegen den Klassenkampf.

Aus Gewerkschaftskreisen wird der „J. K." geschrieben:

Seit mehr als Jahresfrist spielt in der deutschen Unternehmerpresse die Frage der künftigen Lohnregulierung, besser gesagt, die des Lohnabbaues, eine große Rolle. Allen voran in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung", die sich kürzlich unter dem Titel „Neue Wege" eingehend mit der Zukunft der Lohnfrage beschäftigte. Ausgehend von den Erscheinungen der Erinnerungen des früheren Chefs der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Otto Hammann, kritisiert man die Bestrebungen unserer Regierung gegenüber der Sozialdemokratie. Und da der Krieg gezeigt habe, daß die Lohnarbeiterschaft sich trotz des Entgegenkommens der Regierungsstellen gegenüber ihrer politischen Partei von ihren Grundauffassungen über den Klassenkampfgedanken nicht trennen wolle, so wäre der Gedanke der Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Frage zu ziehen. Die „D. A.-Z." läßt sich hierzu wie folgt aus: „So wird, um einen gedeihlichen Fortgang der Gütererzeugung zu sichern, kaum etwas anderes übrig bleiben, als das Bestreben, die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Gefolgschaft, nämlich die Lohnarbeiterschaft, in erheblicher vermehrter Weise, als es bisher geschehen, von der Unerläßlichkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu überzeugen, um sie damit zu kritischer Nachprüfung der ihr bisher von ihren politischen Führern eingetrichterten Anschauungsweise zu veranlassen. Freilich darf es in dieser Hinsicht keineswegs bei dem Versuch sein Bewenden haben, in rein theoretischer Weise aufklärend zu wirken. Vielmehr wäre zu untersuchen, inwieweit es angängig ist, die Uebereinstimmung des Interesses von Unternehmern und Arbeitern am Ertrage der Gütererzeugung praktisch darzutun."

Diese Praxis läuft nun darauf hinaus, die bisher bekanntgewordenen Methoden, wie sie unter anderen in der Zeißschen Stiftung in Jena oder bei dem Jalousiefabrikanten Freese-Berlin angewandt wurden, zu verwerfen, weil die Arbeiter bei Teilnahme am Gewinne gegebenenfalls auch den Verlust tragen helfen müßten. Die „D. A.-Z." verfällt deshalb auf den kühnen Gedanken, das deutsche Aktiengesetz zu reformieren, vor allen Dingen den heutigen Mindestsatz von 1000 Mark für die Aktie bedeutend herabzusetzen, damit auch der kleine Mann, der Lohnarbeiter Aktionär werden könne. Den kaufmännischen und technischen Angestellten will man davon aber grundsätzlich ausnehmen. Im allgemeinen wird in der „D. A.-Z.", der Mode gemäß, seit fast vier Jahren alles, was französisch oder englisch ist, verdammt. In diesem Falle aber wird namentlich das englische Aktiengesetz als Vorbild genommen. In England ist es gestattet, daß sieben Personen sich auf eine Aktie in der Mindesthöhe von 10 Pfd. Sterl. gleich 2000 M. einschreiben können. Den von Fachleuten geäußerten Bedenken gegen die Zulassung kleiner Aktien stellt die „D. A.-Z." acht Thesen gegenüber, wovon wir vier des allgemeinen Interesses halber hier wiedergeben wollen:

1. Die Eigenschaft der Aktiengesellschaften, daß sie das Kapital „demokratisieren" und auch den kleinen Mann zum Großbetriebe zulassen, wird durch die kleine Aktie gefördert.

2. Bei den Arbeitern würde das Gefühl der Solidarität mit der Unternehmung gesteigert, das Geschäftsinteresse und die Arbeitslust erhöht werden.

3. Das agitatorisch so vielfach ausgenutzte Schelten auf die hohen Dividenden würde ein Ende nehmen.

4. Die ganze Stellung der Arbeiterschaft zum kapitalistischen System könnte durch die Einführung kleiner Aktien im günstigen Sinne verändert werden.

Die hier verfolgten Grundsätze gehen keineswegs von der Absicht aus, die Lohnhöhe der Arbeiter zu steigern; nach wie vor ist heute für die Unternehmer und ihre Presse das Motto maßgebend: Herunter von den Kriegslöhnen. Da heute die Zahl der Arbeiter, welche in gesellschaftlich geleiteten Betrieben arbeitet, unserer Auffassung nach schon die der Arbeiter in Privatbetrieben überwiegt, so ist leicht zu erkennen, welche Ziele das Unternehmerorgan mit diesem Vorschlag verfolgt. So schreibt es dann auch zum Schluß dieser Abhandlung:

„Damit wäre freilich noch längst nicht alles geleistet. Aber es würde das immerhin einen Schritt auf dem Wege bedeuten, der uns aus dem Wirrsal des Klassenkampfes hinausführen soll in die Weite gerechter Würdigung dessen, was die geltende Wirtschaftsform für den nationalen Gesamtfortschritt bedeutet."

Ob dieser Artikel zunächst nur einen Fühler darstellt, oder ob dieser Gedanke in den maßgebenden Arbeitgeberkreisen schon ausgereift ist, läßt sich noch nicht erkennen. Jedenfalls irrt sich der Verfasser ganz entschieden, wenn er glaubt, die Arbeiterschaft auf diese ausgefahrenen „Neuen Wege" locken zu können, und sie dadurch aus dem Gleichgewicht ihrer politischen Auffassung zu bringen. Das „demokratisierte" Kapital, Arm in Arm mit der sozialdemokratischen Lohnarbeiterschaft, ein wahrhaft königlicher Gedanke!

Lohnbewegung der Berliner Hutmacher.

Eine Versammlung des Hutmacherverbandes beschloß am Mittwoch, dem Verband der Berliner Damenhutfabrikanten folgende Forderungen für die Arbeiten der bevorstehenden Wintersaison zu überreichen:

Für männliche Arbeiter wird der Wochenlohn von 55 auf 70 M. erhöht. Er ist in dieser Höhe auch im Falle verkürzter Arbeitszeit und wenn Feiertage in die Woche fallen, zu zahlen. Die Akkordlöhne werden um 30 Proz. erhöht. Akkordarbeiten bis zu 6 Stück werden doppelt bezahlt. Muster in Akkord sind ebenfalls doppelt zu bezahlen. Wird bei Fertigstellung von Mustern der Wochenverdienst von 70 M. nicht erreicht, so ist der fehlende Betrag nachzuzahlen. Auf alle Akkord- und Wochenlöhne wird eine Teuerungszulage von 25 Proz. gezahlt. Höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. — Näherinnen und Garniererinnen erhalten während der Musterzeit bei voller Arbeitszeit die bisherigen Wochenlöhne mit einem Aufschlag von 80 Prozent. Ein Verdienst in gleicher Höhe wird ihnen auch bei Akkordarbeit in der Musterzeit gewährleistet. Alle in Wochenlohn und in Akkord arbeitenden Näherinnen, Garniererinnen, Staffiererinnen, Putzmacherinnen, Kopfaufsetzerinnen und Aufschlägerinnen wird ein Aufschlag von 80 Proz. gezahlt. Außerdem erhalten alle Lohn- und Akkordarbeiterinnen eine Teuerungszulage von 25 Prozent. Die bisherigen Zwirnpreise bleiben bestehen, eine Erhöhung derselben wegen erhöhter Einkaufspreise darf nicht eintreten. Sämtliche Akkordlöhne sind für Betriebs- und Heimarbeiterinnen die gleichen. — Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, an Sonnabenden und den Tagen vor den hohen Festen endet die Arbeitszeit zwei Stunden früher. Die geforderten Lohnsätze sollen am 13. Mai in Kraft treten.

Die Wirkungen des Korbmachertarifs.

In einer Branchenversammlung der Korbmacher Berlins führte Neumann vom Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes aus, daß der Reichstarif für Geschoßkörbe den Korbmachern wesentliche Vorteile gebracht hat. Nach einer von der Berliner Organisation veranstalteten Erhebung betrug der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Korbmacher im Juni 1917 (also kurz vor dem Inkrafttreten des Tarifs) 63,65 M. Am Jahresschluß 1917 war der Durchschnittsverdienst auf 74,19 M., also um 10,69 M. gestiegen. Die weiblichen Arbeitskräfte haben eine wesentlich geringere Lohnsteigerung zu verzeichnen. Ihr durchschnittlicher Wochenverdienst stieg in der angegebenen Zeit von 35,22 M. auf 38,76 M., also nur um 3,54 M. Die höchste Lohnsteigerung haben die jugendlichen Arbeiter erfahren. Ihr Durchschnittsverdienst stieg von 35,95 M. auf 52,74 M., also um 16,79 M. — In allen Orten, wo eine Organisation der Korbmacher besteht, sind rund 26 000 Personen auf Geschoßkörbe beschäftigt. Etwa ebenso viele Korbmacher mögen in den Orten arbeiten, wo die Organisation noch keinen Eingang gefunden hat. Die Zahl der organisierten Korbmacher ist immer noch verhältnismäßig schwach. Die Tarifämter haben also mit ihren Bemühungen, dem Tarif überall Anerkennung zu verschaffen, zum größten Teil für die Unorganisierten zu arbeiten. In den alten Orten der Korbindustrie, wo die Organisation sich eingelebt und Einfluß erlangt hat, kommen Differenzen wegen des Tarifs fast gar nicht vor. Der Tarif hat dem Gedanken einer allgemeinen Lohnregelung im Korbmachergewerbe nach jahrelangen Bemühungen des Verbandes endlich Eingang verschafft. Die Organisation hat bereits Schritte getan, um auch in anderen Zweigen der Korbmacherei eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es ist Aussicht vorhanden, dem Tarifgedanken im ganzen Gewerbe eine dauernde Geltung zu verschaffen.

Wünsche und Beschwerden der Spandauer Straßenbahner wurden in einer Sitzung von Vertretern des Magistrats und des Transportarbeiterverbandes besprochen. Die Verhandlungen bewegten sich in ruhigen und sachlichen Formen und hatten das Ergebnis, daß vom Magistratsvertreter Abhilfe der Beschwerden der Angestellten zugesagt wurde. Der Verlauf dieser Verhandlungen sowie die Tatsache, daß der Magistrat sein lange Jahre gehegtes Vorurteil gegen die Gewerkschaftsbewegung aufgegeben hat, verdient besonders betont zu werden. War es doch allgemein bekannt, daß das Organisationsbedürfnis der Spandauer Straßenbahnangestellten seit Jahren mit allerlei Mitteln niedergehalten wurde. Wenn jetzt innerhalb der Spandauer Stadtverwaltung in dieser Richtung eine Aenderung zum Besseren Platz gegriffen und der Magistrat aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß auch mit der Gewerkschaftsorganisation es sich sehr gut verhandeln läßt, so kann man das ohne Zweifel als einen Fortschritt bezeichnen.

Ein „großmütiges" Angebot.

Die deutschen Glasarbeiter stehen momentan in einer Lohnbewegung. Ihr Einkommen steht auch nicht entfernt im Verhältnis zu der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel und allgemeinen Bedarfsartikel. Erhalten doch die Gehilfen einen Lohn von höchstens 40 M. die Woche, die Kübelmacher im allerhöchsten Falle 30 M. und die Einträger 18 M. Ist es bei solchen Einkommensverhältnissen unbescheiden, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 25 Proz. fordern? Der Schutzverband deutscher Glasfabriken soll, wie der Vorstand des Glasarbeiterverbandes erfahren hat, auf seiner am 8. April in Kottbus stattgefundenen Tagung den Beschluß gefaßt haben, daß die Löhne um 5—7 Prozent erhöht werden sollen. Die Fabrikanten begründen ihre geringen Zugeständnisse mit der Verteuerung der Rohstoffe. Gleichwohl steigen trotz dieser Verteuerung ihre Gewinne rapide. In der Flaschenglasbranche haben die Industriellen teilweise 10 Prozent Lohnzulage bewilligt und erklärt, nicht mehr geben zu können. Auch hier haben die geringen Lohnzulagen eine erhebliche Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Verbandsleitung der Glasarbeiter hat nun an die Regierungsvertreter ein Schreiben gerichtet, in welchem sie dieselben bittet, gemeinsame Verhandlungen mit dem Schutzverband möglichst sofort einzuleiten. Da die Industriellen bei mangelhafter Besetzung der Oefen fabelhafte Gewinne eingeheimst, würden sich die Arbeiter im Falle mangelnden Entgegenkommens derselben unter keinen Umständen abspeisen lassen

Parteinachrichten.

Geschichtliche Tat. Blätter aus den Schriften von Karl Marx. Zu Karl Marx' hundertstem Geburtstage wird ein Buch erscheinen, das den Bahnbrecher des Sozialismus in den Augenblicken höchster geistiger, kämpferischer Kraft durch sein eigenes Wort verlebendigt. All das in seinen Höhepunkten zu erfassen und auszudrücken, ist der Zweck des von Franz Diederich gestalteten Buches, das wir dem Marx-Gedenktage widmen. Ein Persönlichkeitsbild, das seine eigenen Worte vermittelt. Geschichtsauffassung, Linien der Gesamtgeschichte, einzelne Geschichtszeiten, geschilderte Charaktere, ökonomische Grundlehren, Klassenkampf-Fundament, Politik der Arbeiterklassen — in zahlreichen Gruppen gefügt, soll das Buch dokumentarisch vergegenwärtigen, was Marx uns bedeutet. Wir sollen immer Brücken suchen, ihm nahe zu kommen, ihn ohne Enge zu gewinnen, ihm nahe zu bleiben. Er will auf immer neuen Wegen erobert werden und dieses Buch will ein neuer Weg sein. Das Buch erscheint Ende April im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68.

Aus dem Bezirk Pommern.

Zur Frage der finanziellen Kräftigung der Partei haben bereits einige Wahlkreisorganisationen Stellung genommen. So beschloß der Wahlverein Stettin die Wochenbeiträge von 10 auf 20 Pfg. für männliche und von 5 auf 10 Pf. für weibliche Mitglieder zu erhöhen. Der Beschluß ist mit dem 1. April in Kraft getreten. Ebenso erhöhten die Wahlkreise Köslin-Kolberg, Pyritz-Saatzig und Stolp-Lauenburg die Beiträge von 30 Pf. monatlich auf 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche. Die Wahlkreise Stralsund-Rügen, Ueckermünde-Usedom-Wollin und Randow-Greifenhagen werden sich in den demnächst stattfindenden Kreisgeneralversammlungen mit dieser Frage beschäftigen.

In allen Wahlkreisen erkennen die Genossen, daß in Anbetracht der großen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat und in noch viel höherem Maße zu erfüllen haben wird, für die finanzielle Stärkung der Organisationen gesorgt werden muß.

Im Landkreise Aachen, einem ganz klerikalen Gebiet, macht die Partei überraschend gute Fortschritte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist die Mitgliederzahl von 82 auf 417 gestiegen, darunter 70 Frauen. Auch der Bergarbeiterverband macht sehr gute Fortschritte. Die übrige Tätigkeit des Wahlvereins spiegelt sich in 31 Mitgliederversammlungen und 11 Volksversammlungen wieder.

Ein schwedisches Gedenkbuch für Karl Marx. Zur Jahrhundertfeier für Karl Marx wird die schwedische Arbeiterpartei (Mehrheitsrichtung) eine größere Gedenkschrift herausgeben, die drei Beiträge umfassen wird: „Ueber Notwendigkeit und Freiheit in Marxens Philosophie" von Artur Engberg, „Die Bedeutung des Marxismus für die internationale Bewegung" von Hj. Branting und „Die Bedeutung der Briefe von Karl Marx für seine Wertlehre" von Sandler.

Industrie und Handel.

Börse und Steuern.

Die Börse hatte sich einige Tage vor der Veröffentlichung der neuen Steuern verflaut; jetzt hat sie aber ihre Kurage wieder gefunden, weil sie sich über die glimpfliche Belastung der Kriegslieferungsbetriebe freut, die gefürchtete Dividendensteuer mit Vergnügen vermißt und von dem Einfluß der Aufsichtsräte eine Verringerung des vorgeschlagenen Schlußnotenstempels erhofft. Aber so hoch gespannt diese Erwartungen auch sein mögen, so muß doch die Börse in jedem Fall mit einer Vervielfachung der jetzigen Abgabe rechnen; daß sie trotzdem haussiert, beweist, wie wenig sie im tiefsten Herzensgrund von einer scharfen Anziehung der Steuerschraube für Umfang und Lebhaftigkeit der Geschäftstätigkeit fürchtet.

Angesichts der Steuern, die fast ausschließlich die breiten Volksschichten treffen, hat der „Börsenkurier" den Mut dagegen Einspruch zu erheben, „daß die als notwendig erkannten Opfer ausschließlich der Finanzwelt, dem Handel und der Industrie auferlegt werden."

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.-G. weist einen Ueberschuß aus, der im Geschäftsjahre 1917 von 3 731 747 M. auf 4 490 475 M. gestiegen ist. Ebenso wie in den Vorjahren wurde von diesem Betrage die Kriegssteuer vorweg abgesetzt. Aus dem Reingewinn von 2 312 325 M. (2 996 720) soll eine Dividende von 12 Prozent (10) ausgeschüttet werden, der Reservefonds II erhält 400000 M. (250 000), auf neue Rechnung werden 124 487 M. (71 850) vorgetragen. Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht bemerkt, waren der Tätigkeit im Gasanstaltsbau durch die behördliche Einschränkung des Gasverbrauchs enge Grenzen gesetzt; im Gegensatz dazu erfuhren jedoch die Anlagen für die Gewinnung von Nebenprodukten aus dem Gase weitgehende Förderung. Eine nur vorbereitende, aber sehr umfangreiche Tätigkeit erwuchs der Gesellschaft durch die Bearbeitung von Entwürfen für die Ausführung von großen Gaswerks-Neubauten und Erweiterungen für die Zeit nach dem Kriege. Auch die chemische Industrie nahm den Betrieb stark in Anspruch. Der ins neue Jahr übernommene Bestand an noch nicht fertiggestellten Aufträgen und Anlagen ist, so heißt es weiter im Geschäftsbericht, bedeutend; dies komme durch die Erhöhung des Kontos für fertige und halbfertige Teile von 7 282 597 M. auf 11 062 840 M. zum Ausdruck.

Hüttenwerk Niederschöneweide A.-G. vormals J. F. Ginsberg erzielte Gesamteinnahmen von 5 895 072 (4 742 860) M. Nach Kürzung aller Unkosten einschließlich Kriegssteuerrücklagen mit 4 955 065 (i. V. 3 252 105) M. sowie nach Abschreibungen von 283 501 (526 387) M. ist ein Reingewinn von 656 486 (690 309) M. verfügbar. Hieraus werden, wie im Vorjahr, 18 Proz. Dividende verteilt, und zwar 6 Proz. auf das eingezahlte Kapital von 1 912 500 und weitere 12 Proz. auf den Nennwert des Aktienkapitals von 3 Millionen Mark. Der Geschäftsbericht beklagt sich über die bestehenden Verhüttungslohnsätze. Wenn die Gesellschaft trotzdem wieder ein angemessenes Erträgnis erzielte, so sei dies auf die durch die Aufnahme neuer Fabrikationsgegenstände gesteigerte Erzeugung des Werkes zurückzuführen. Die Elektrokupfer-Raffinationsanlage in Velten hat erstmalig ein volles Betriebsjahr hinter sich und hat damit den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit erbracht. Das Ergebnis des laufenden Jahres werde im wesentlichen von der genügenden Zufuhr von Brennstoffen und der Möglichkeit eines uneingeschränkten Stromverbrauchs abhängen.

Der russische Verlust in Brest-Litowsk.

Der Bericht des Volkskommissars für den Handel sagt, daß die Verluste Rußlands infolge des Friedensvertrages von Brest-Litowsk betragen: 780 000 Quadratkilometer Gebiet mit 56 Millionen Einwohner, oder 32 Prozent der Gesamtbevölkerung des früheren Großrußland. 21 500 Kilometer Eisenbahnen oder ein Drittel des ganzen Eisenbahnnetzes. 73 Prozent der gesamten Eisenproduktion, 89 Prozent der gesamten Steinkohlenförderung, 268 Zuckerraffinerien, 918 Tabakfabriken, 1685 Alkoholbrennereien, 244 Fabriken chemischer Produkte, 615 Papierfabriken, 1073 Werkzeugfabriken. Alle jene Gebiete, die künftig deutsch werden, brachten jährlich 845 238 000 Rubel auf und zählten 1800 Sparkassen.

Soziales.

Sozialdemokratische Forderungen zum Wohnungswesen.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem sozialdemokratischen Antrag, der im Auszug folgende Forderungen aufstellt:

1. Aus den Erträgen der achten Kriegsanleihe sind 500 Millionen zur Hergabe von Baukapital auszuscheiden und verwendungsbereit zu halten.

2. Die bei der Heeresverwaltung lagernden Baustoffe sind, soweit möglich, bei Kriegsende den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, in denen Wohnungsnot vorhanden ist.

3. In die Liste der nach Friedensschluß in erster Linie zu entlassenden Mannschaften sind die zur Herstellung von Wohnungen nötigen Arbeitskräfte aufzunehmen. Sie müssen, möglichst in der Nähe ihrer bisherigen Heimat zunächst dort beschäftigt werden, wo schnellste Herstellung von Wohnungen nötig ist.

4. An allen Orten, wo Wohnungsmangel zu erwarten ist, sind schon jetzt Vorbereitungen zur Beschaffung geeigneten und billigen Baulandes zu treffen.

5. Es sind schon jetzt Baupläne für den Kleinwohnungsbau, namentlich auch für kinderreiche Familien, entsprechend den Wohnsitten der einzelnen Bundesstaaten und Provinzen vorzubereiten.

6. Zur Vorbereitung einer schnellen Wohnungsherstellung ist sofort eine allgemeine Statistik der leerstehenden Wohnungen im ganzen Reiche in die Wege zu leiten, deren Ergebnis in kurzen Zwischenräumen zu veröffentlichen ist.

7. Die Leitung einer planmäßigen Wohnungsherstellung hat das Reichswirtschaftsamt zu übernehmen. Alle Vorbereitungen dafür sind von ihm in Gemeinschaft mit den Bundesstaaten zu treffen. Bauausführungsvermittlungsstellen sind die Gemeinden. Bei allen Gemeinden, in denen Wohnungen in größerer Anzahl gebaut werden müssen, sind Wohnungsämter einzurichten. Die Gemeinden begeben auf Grund genauer Verträge mit Reich und Einzelstaat die von diesen hergeliehenen Kapitalien.

Der Ausschuß beschloß, von einer Bindung der Kriegsanleihe zum Zweck der Wohnungsfürsorge abzusehen. Die übrigen Forderungen wurden einem Unterausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Zu alt!

Viele Tausende von ungedienten Landsturmpflichtigen sind im Alter von über 40 Jahren zum Heeresdienst einberufen worden, sie kämpfen zum Teil seit Jahren auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen — dazu waren sie nicht zu alt. Wenn sie aber wieder heimkehren und sich vielleicht bei den preußischen Staatsbahnen um eine Stelle als Schrankenwärter usw. bewerben, dann werden sie zurückgewiesen, denn dazu sind sie zu alt! Die Eisenbahndirektionen suchen in den „Anstellungsnachrichten" eine Menge Leute gegen das fürstliche Gehalt von 1400 bis 1600 M. im Jahre, aber die Bewerber dürfen das vierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben. In den Betrieben der Post ist es nicht anders. Wenn nun aber schon die staatlichen Betriebe den Leuten, die über 40 Jahre alt geworden sind, die Türe verschließen, dann darf man es der auf Gewinn eingestellten Privatindustrie nicht übel nehmen, wenn sie das Gleiche tut. Die Staatsbetriebe haben die Pflicht, in der Unterbringung der Kriegsteilnehmer mit gutem Beispiel voranzugehen, deshalb muß man mindestens diesen gegenüber die Altersgrenze fallen lassen. Wer gut genug war, das Vaterland zu verteidigen, der darf nicht, wenn er sonst geeignet ist, zu alt sein, der Eisenbahnverwaltung als Schrankenwärter zu dienen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.